

Algeria-Watch

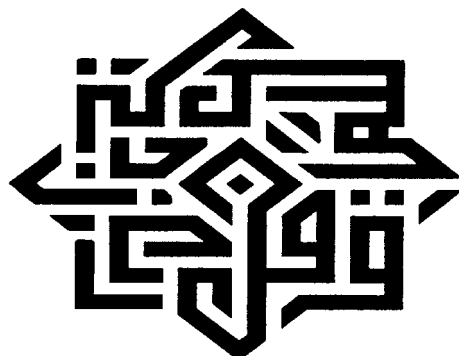
Infomappe 22

Januar 2003

Abdelkader Tigha, Ex-Geheimdienstmitarbeiter, packt aus

Wer tötete die Mönche von Tibhirin?

Die Anschläge 1995 in Paris



*Postfach 360 164, 10997 Berlin
Fon+Fax: (069) 79 123 61 60
E-Mail: algeria-watch@gmx.net
Im Internet: www.algeria-watch.org*

Inhalt

I. Neue Enthüllungen

- ◆ Abdelkader Tigha, Ex-Geheimdienstmitarbeiter, packt aus..... 3
- ◆ Wer tötete die Mönche von Tibhirin? 7
- ◆ Die Mönche und ihre Mörder 9

II. Die Anschläge in Paris von 1995

- ◆ Blicke, die noch mal verletzen.....11
- ◆ L'ombre d'Alger derrière les attentats de 199513
- ◆ Un documentaire revient sur la thèse de la manipulation des islamistes par l'armée algérienne14
- ◆ Qui derrière les bombes de Paris ?16
- ◆ Les groupes islamistes de l'armée algérienne: le voile se déchire17

III Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Drohungen gegenüber M. Sidhoum und seiner Familie19
- ◆ Enlèvements et disparitions Forcées20
- ◆ Torture : Fodila Mohamed20
- ◆ Un journaliste violemment agressé décède après une tentative de suicide.....21
- ◆ Cas d'appel sur la torture : Brahim Ladada et Abdelkrim Khider22
- ◆ En Algérie, aucun survivant parmi les disparus de la "sale guerre"24

IV Diverses

- ◆ US arms Algeria for fight against Islamic terror26
- ◆ Bouteflika will die Kommunalwahl zum Ausweis des Fortschritts machen27
- ◆ Regierungspartei gewinnt auch Kommunalwahl27
- ◆ Freedom House critique le satisfecit américain28
- ◆ Pour un boycott de l'année de l'Algérie29
- ◆ Das alltägliche Massaker30
- ◆ BGH ändert Urteil.....33
- ◆ Spendenaufruf von Algeria-Watch34

Algeria-Watch e.V. dokumentiert Menschenrechtsverletzungen in Algerien, setzt sich für algerische Flüchtlinge ein und engagiert sich für einen Dialogs zwischen den Konfliktparteien.

Algeria-Watch e.V. ist ein unabhängiger Verein und daher auf Spenden angewiesen. Wir sind dankbar für jede finanzielle Unterstützung. Spenden erbeten auf folgendes Konto:

Algeria-Watch e.V.
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
BLZ 100 205 00
Kontonummer 329 75 00

Algeria-Watch-Infomappe erscheint viermal jährlich; Einzelpreis: 2,- Euro (+ Porto); Abo: 10,- Euro.

Postfach 360 164, 10997 Berlin

Fon+Fax: (069) 79 123 61 60

E-Mail: algeria-watch@gmx.net Im Internet: www.algeria-watch.org

Impressum

Herausgeber: algeria-watch e.V.

V.i.S.d.P.: B. Soor

Abdelkader Tigha, Ex-Geheimdienstmitarbeiter, packt aus

Algeria-Watch, Januar 2003

A. Tigha war bis zu seiner Flucht aus Algerien im Dezember 1999 beim algerischen Geheimdienst (DRS: Département du Renseignement et de la Sécurité) tätig. Von 1993 bis 1997 war er Brigadenchef im CTRI (Centre territorial de recherche et d'investigation) von Blida, einem der bekanntesten Folterzentren Algeriens, das von Oberst Djebbar M'henna geleitet wurde.

Ende 1999 floh Abdelkader Tigha aus Algerien nach Syrien, um von dort aus Asyl in einem sicheren Land zu suchen. Er wandte sich an die französische Botschaft in Damaskus, die ihn nach Thailand schickte, um dort von drei Agenten des französischen Auslandsgeheimdienst (DGSE) verhört zu werden. Diese hielten ihr Versprechen, ihn in Sicherheit zu bringen, nicht ein, und als sein Visum abgelaufen war, landete er in Bangkok im Immigration Detention Center, von wo aus er seit zwei Jahren verzweifelt versucht, in einem anderen Land Zuflucht zu finden, da die thailändische Regierung ihn nicht aufnehmen will. Bereits im Sommer 2001 machte er durch seine Enthüllungen auf sich aufmerksam.¹ Ende Dezember 2002 berichtete er gegenüber der Zeitung Libération über die Entführung und Ermordung der sieben Mönche von Tibhirin, die 1996 die internationale Öffentlichkeit geschockt hatte. Bis heute wurde dieses Verbrechen nicht aufgeklärt. Er behauptet, die algerische Sécurité Militaire sei in diese Sache verwickelt. (Algeria-Watch: Wer tötete die Mönche von Tibhirine, S. 7.)

Identifizieren, lokalisieren, liquidieren

Blida ist nicht nur die größte Garnisonsstadt Algeriens (erste Militärregion und höchste Konzentration an Soldaten und Infrastruktur), sondern war auch eine Hochburg der islamistischen Aktivitäten. Das CTRI hatte zur Aufgabe, die Sympathisanten der Islamisten, auch der GIA (Groupes Islamiques Armés), zu identifizieren, zu lokalisieren und zu vernichten. Hunderte von tatsächlichen oder angeblichen Aktivisten durchliefen dieses Zentrum, in dem sie verhört und gefoltert wurden. Von ihm brachen Kommandotrups auf, um Verdächtige zu liquidieren. Tigha berichtet: „*Sie schlossen die Polizeistationen, weil sie Angst vor Bomben hatten. Aber wir, wir waren die Schattenmänner, wir gehörten zu keinem offiziellen Dienst. Wir bewegten uns vor Ort mit nicht identifizierbaren Fahrzeugen und Autos. Nichts hat sich zwischen 1993 und 1997 geändert. Es war die gleiche Arbeit, es waren die gleichen Ziele und es waren die gleichen Hinrichtungen. Die Methode war immer die selbe: Man identifiziert, nimmt die Personen fest und tötet sie. Wenn jemand festgenommen wird, wird er auch heute ermordet, aber ein Szenario wird konstruiert.*“²

Nach dem Abbruch der Wahlen bildeten Sympathisanten und Mitglieder der FIS die ersten bewaffneten Gruppen. Sie waren der Bevölkerung bekannt und erhielten von ihr Unterstützung. 1993 wurde die Region um Blida von diesen Gruppen weitgehend kontrolliert, während die Sicherheitskräfte nicht auf eine solche Situation vorbereitet waren und zurückgedrängt wurden.

Tigha berichtet, dass zu diesem Zeitpunkt die Tötungsmaschinerie in Gang gesetzt wurde: „*Meine Dienststelle hatte den direkten Befehl von General Smail Lamari [Chef des DCE, Direction du Contre-Espionnage und Nummer zwei des algerischen Geheimdienstes DRS] erhalten, die Zahl der Personen, die vor Gericht gestellt werden zu reduzieren, d.h. die Festgenommenen zu liquidieren, um die Rekrutierung der GIA zu verringern und der Zivilbevölkerung Angst einzujagen... Die Hinrichtungen zielten zuerst auf die Bewohner der Dörfer und Siedlungen, die als Hochburgen der GIA galten (...), weil die GIA das Vertrauen der Bevölkerung dieser Region gewonnen hatten.*“³

Tigha beschreibt die Festnahmen, Folterungen und Ermordungen, die nicht mehr vor Ort geschahen wie zu Beginn der Repression, sondern im Folterzentrum von Blida. Die Leichen wurden am frühen Morgen von der Kriminalpolizei oder dem Sondereinsatzkommando der Gendarmerie auf die

¹ Algeria-Watch, Infomappe 18-19, Januar 2002, Seite 61.

² Nord-Sud Export - n°427 - 21 septembre 2001, Algérie : Les révélations d'un déserteur de la SM.

³ Idem.

Strassen geworfen. Um ihre Tat zu verbergen, wurde eine fiktive Organisation für diese Morde verantwortlich gemacht: OJAL (Organisation des Jeunes Algériens Libres). „In Wirklichkeit wurde diese Bezeichnung von Capitaine XX (Name von der Redaktion entfernt), dem Chefdenker im CTRI/erste Militärregion erfunden. Flugblätter von dieser Pseudo-Organisation wurden sogar an die Wände in der Stadt geklebt.“⁴

Das CTRI übernahm im Laufe der Jahre noch weitere Aufgaben. Dort wurde laut A. Tigha die Rekrutierung der ersten Milizen organisiert. Diese Milizen, deren Zahl niemand kennt (die Zahl von etwa 300 000 Milizionäre wird immer wieder angeführt), haben massiv zur Zuspitzung der Gewalt beigetragen, wobei ihre Übergriffe meist von der Armee gedeckt werden. Er berichtet in dem Zusammenhang, dass die erste Miliz, die von den Brüdern Sellami gegründet wurde, fast die gesamte Familie von Antar Zouabri (Chef der GIA von 1996 bis 2002)⁵ ermordete und dass ihr Chef sich zwei Monate lang im CTRI von Blida versteckt hielt. Mohamed Sellami gründete 1994 in Boufarik die erste Miliz, die viele Islamisten und ihre Angehörigen ermordete. Sie scheute nicht davor zurück, alte Personen zu liquidieren, wie das Ehepaar Saïda und Tahar Bensous.⁶

GIA als bewaffnete Gruppe der Armee

Die islamistischen Gruppen konnten sich 1994 und 1995, trotz der massiven staatlichen Repression weiterhin auf die Bevölkerung stützen. Zu diesem Zeitpunkt begannen die Einschleusungen von Geheimdienstagenten in den Maquis, die schließlich zur vollständigen Kontrolle mancher bewaffneter Gruppen führten. Tigha musste die Infiltrierungen, die von seiner Dienststelle ausgingen, überwachen.⁷ Während er dieser Aufgabe nachging, erfuhr er einiges über die Entführung der Mönche von Tibhirin. Er berichtet, dass das CTRI die Gruppe von Djamel Zitouni, die für die Entführung der Mönche verantwortlich war, in ihrer Hand hatte. Am 24. März 1996 erschien Mouloud Azzout, die rechte Hand von Djamel Zitouni, im CTRI. Er übernachtete dort und traf am nächsten Morgen zwei Stunden lang mit Smaïn Lamari zusammen. Am Abend des 26. März verließen Militärs mit Azzout in zwei Fahrzeugen das CTRI und entführten die sieben Mönche, die später zum Sitz der GIA von Zitouni in Tala Acha gebracht wurden. Von dort aus hielt Azzout den Kontakt mit dem CTRI.⁸

Dass Zitouni vom Geheimdienst kontrolliert wurde, ist von Ahmed Chouchen bestätigt worden. Capitaine Chouchen, als Ausbilder in den Sondereinheiten tätig, verurteilte den Putsch und die darauf folgende Repression. Er wurde 1992 zu drei Jahren Haft verurteilt. Bei seiner Haftentlassung wurde er entführt und in das CPMI (Centre principal militaire d'investigation) von Ben Aknoun gebracht, eins der brutalsten Folterzentren Algiers. Dort wurde er vom Chef des militärischen Sicherheitsdienstes (DCSA, Direction centrale de la Sécurité de l'armée), General Kamel Abderrahmane, empfangen. Chouchen berichtet: „Ich war im Folterzentrum von Ben Aknoun, und der Generaldirektor sagte mir, dass Sicherheitsdienste beschlossen hätten, mich zu liquidieren, und dass ich ihnen nicht entkommen könnte. Meine einzige Chance sei mit ihnen zusammenzuarbeiten. (...) Man hat mir einen Liquidierungsplan von einigen Chefs der islamischen Partei vorgelegt. Sie haben mir ihre Namen genannt. Es handelte sich um Chefs, die untergetaucht waren: Mohamed Saïd und andere. Ich sagte ihnen, dass ich nicht in kriminelle Pläne verwickelt sein wollte. Ich war bereit, mit ihnen zu kollaborieren und irgendeine Mission anzutreten, die eine algerische Versöhnung anstrebt. Ich war bereit, jeden zu kontaktieren für eine große Versöhnung. Ich habe ihnen gesagt, dass die Personen, die sie liquidieren wollten, Akademiker und politische Kader waren: Man könne mit ihnen verhandeln. Ich sagte, dass ich glaubte, dass die Personen, die gewaltsam bekämpft werden sollten, die Zitounis⁹ seien, weil sie

⁴ idem

⁵ Nachdem Antar Zouabri die Führung der GIA mit Gewalt im Juli 1996 übernommen hatte, nahmen die Massaker an der Bevölkerung zu. Es wird immer deutlicher, dass Zouabri wie auch sein Vorgänger Djamel Zitouni im Interesse des Geheimdienstes agierten. Die GIA entwickelten sich zu einer Art Söldnerarmee: Sie führte einen blutigen Krieg gegen andere bewaffnete Gruppen, tötete unangenehme Persönlichkeiten und Militärs und beging zunehmend Massaker an der Zivilbevölkerung, um sie zu terrorisieren. Diese Strategie des Terrors zielte auf eine gewaltsame Befriedung der Bevölkerung, die Verhinderung jeglicher Revolten und die Distanzierung vom islamistischen Projekt.

⁶ Algeria-Watch und Salah-Eddine Sidhoum, Liste der extralegalen Hinrichtungen, Algeria-Watch, 11. Januar 2001, < www.algeria-watch.org/mrv/2002/1100_executions_B.htm >

⁷ Arnaud Dubus, Abdelkader Tigha lâché par la France, Libération, 23. Dezember 2002.

⁸ Arnaud Dubus, Les sept moines de Tibehirine enlevés sur ordre d'Alger, Libération, 23. Dezember 2002.

⁹ Djamel Zitouni war von September 1994 bis Juli 1996 Chef der GIA. Sein Nachfolger war Antar Zouabri. Weitere schwerwiegende Indizien, die deutlich machen, dass die Gruppe von Zitouni vom Geheimdienst kontrolliert und gesteuert wurde, zeigt der Dokumentarfilm – At-

Kinder und Frauen töteten. (...) Oberst Bachir, Chef des Folterzentrums von Ben Aknoun, war an der Unterhaltung beteiligt. Er sagte mir: ‚Lass Zitouni in Ruhe, er ist unser Mann, Du wirst mit ihm zusammenarbeiten.‘¹⁰

Die größten Massaker fanden im Sommer und Winter 1997 statt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, dass das Militär über die Opposition gesiegt hatte. Wer jemals mit der FIS sympathisiert hatte oder dessen Familienmitglied sich im Untergrund befand, wurde selbst zum potentiellen Terroristen und konnte von einer der zahlreichen Todesschwadronen, die sich als Islamisten gaben, umgebracht werden.¹¹

Die Vertuschungsoperationen

Tigha berichtet weiter, dass ab 1996 „die Offiziere des DRS beginnen, sich vor dem internationalen Gericht zu fürchten“. Vor allem die Frage der Verschwundenen bereitete ihnen Sorgen, und sie suchten nach Auswegen, um ihre Verantwortung zu vertuschen. Tigha meint, dass Smaïn Lamari die „Zivile Eintracht“ eingeleitet hätte, um den Verurteilungen, insbesondere von Amnesty International und der Opposition im Ausland, zu entgehen.¹² Die Vertuschungsoperationen dienten vor allem dazu, die Menschenrechtskommission der UNO mit falschen Dokumenten zu versorgen.

Tigha erhielt Ende 1996 den Auftrag, über zwei verschwundene Universitätsprofessoren zu recherchieren: G. Boularas und M. Rosli. Die Anfrage ging von der Menschenrechtskommission der UNO aus, was Tigha jedoch nicht bekannt war. Er stellte fest, dass beide Männer auf ihrem Arbeitsplatz festgenommen und zur Kriminalpolizei geführt worden waren, wo sie gefoltert wurden. Ihnen wurde Zusammenarbeit mit der GIA vorgeworfen. Beide wurden getötet, und ihre Leichen verbrannt. Tigha überreichte den Bericht seinen Vorgesetzten Anfang 1997. Kurz darauf musste er bei seinem Vorgesetzten vorsprechen und diesen Bericht rechtfertigen. Da verstand er, dass von ihm ein „falscher Bericht“ erwartet worden war. Er galt jetzt als unsicheres Element und wurde nur noch mit Routinetätigkeiten betraut. Im August 1998 wurde er nach Algier versetzt. Seine Waffe wurde entwendet, er fühlte sich bedroht und beschloss zu fliehen.¹³

In den Händen der DGSE

Im Dezember 1999 beginnt seine Odyssee über Tunesien und Libyen nach Syrien. Dort begibt er sich zur französischen Botschaft. Ein Mann, der vorgibt, für politische Fragen zuständig zu sein, empfängt ihn. Tigha ist bereit, Informationen zu liefern unter der Voraussetzung, dass er geschützt wird und in Europa politisches Asyl erhält. Ihm wird nahegelegt, nach Thailand weiterzureisen. Das Flugticket wird ihm bezahlt, und im Januar 2000 landet er in Bangkok. Dort wird er von den französischen Behörden luxuriös untergebracht und 10 Tage später von drei Mitgliedern des Auslandsgeheimdienstes (DGSE) verhört. Sie fotokopieren alle Unterlagen und nehmen seine Aussagen auf. In drei Sitzungen wollen sie von ihm Einzelheiten über die Netze des algerischen Geheimdienstes und der GIA erfahren. Sie interessieren sich besonders für einige brisante Angelegenheiten, vor allem den Mord an den Mönchen von Tibhirin im Mai 1996.

Tigha verlangt erst Garantien für sein politisches Asyl. Die drei Agenten erklären, dass Frankreich aufgrund seiner Beziehungen zu Algerien ihm keinen Schutz gewähren kann. Als Tigha erklärt, er

tentats de Paris: On pouvait les empêcher - von Jean Baptiste Rivoire und Romain Icart zu den Anschlägen der GIA in Frankreich im Mai 1995. Die Untersuchung der zwei Journalisten, die u.a. auf Zeugnisse algerischer Militärs, aber auch französischer Kriminalbeamter und Richter basiert, kommt zu dem Schluss, dass diese Anschläge, für die Zitouni die Verantwortung übernahm, dazu dienten, Frankreich zu zwingen, sich auf die Seite der algerischen Generäle zu schlagen. (In dieser Infomappe befinden sich mehrere Artikel zu dem Dokumentarfilm, ab Seite 11)

¹⁰ Habib Souaïdia, *Le procès de la « la sale guerre »*, La Découverte, Paris, 2002, S. 165-166. Siehe auch Algeria-Watch, *Algerien: Die Junta vor Gericht*, Infomappe 20-21, September 2002.

¹¹ Siehe zu den Massakern: Algeria-Watch, Infomappe 3 (Januar 1998) und 4 (April 1998).

¹² Das Gesetz der „Zivilen Eintracht“ wurde von Bouteflika im Juli 1999 verkündet, allerdings von den Militärs konzipiert. Dem gingen Verhandlungen voraus, die Smaïn Lamari mit der AIS geführt hatte und die den einseitigen Waffenstillstand der AIS und anderen Gruppen im Oktober 1997 mit sich brachten. Das Gesetz zur zivilen Eintracht bestand aus zwei Komplexen: der eine bot den „reumütigen“ Mitgliedern von bewaffneten Gruppen an, sich innerhalb eines halben Jahres zu stellen und Strafminderung oder -freiheit zu erhalten, wenn sie keine Morde begangen hatten; der andere Komplex bot den Mitgliedern der Gruppen, die den Waffenstillstand unterzeichnet hatten, eine Art Amnestie, an. Siehe im Einzelnen: Algeria-Watch, Infomappe 10 (Oktober 1999) und Infomappe 11 (Januar 2000).

¹³ NSE, op. Cit.

könne auch nach Deutschland oder in ein anderes Land, antworten sie ihm: „Wenn Du getötet hast, wird Dich keiner annehmen, selbst Amnesty nicht.“ Als klar ist, dass die Lage blockiert ist, entfernt sich einer von der Gruppe und führt ein Telefongespräch. Nach seiner Rückkehr bietet er Tigha für die Informationen, die er ihnen gibt eine große Summe Geld an. Tigha lehnt ab und beendet das Treffen.

Drei Monate später, als Tighas Visum abgelaufen ist, wird er von der thailändischen Polizei festgenommen und ins Immigration Detention Center von Bangkok gebracht. Er befindet sich in einem 200m² großen Saal mit 150 Häftlingen. Manche sind dort schon seit Jahren eingesperrt. Tigha fühlt sich selbst an diesem Ort nicht in Sicherheit, denn er wird beobachtet, und die algerische Botschaft in Kuala Lumpur bittet tatsächlich die thailändischen Behörden, sie über alle Bewegungen Tighas außerhalb des Gefängnisses zu unterrichten.

Sein Asylgesuch beim UNHCR wurde bereits zwei Mal abgelehnt, da nach der Genfer Flüchtlingskonvention Personen, die unter dem Verdacht stehen, Verbrechen gegen die Menschheit begangen zu haben, vom Flüchtlingsstatus ausgeschlossen sind. Seit einem Jahr arbeitet das UNHCR daran, für Fälle wie den von Tigha eine juristische Lösung zu finden. In der Zwischenzeit droht ihm die Abschiebung nach Algerien.¹⁴

¹⁴ Arnaud Dubus, Abdelkader Tigha lâché par la France, op. cit.

Wer tötete die Mönche von Tibhirin?

Algeria-Watch, Januar 2003

In der Nacht vom 26. zum 27. März 1996 wurden sieben Trappistenmönche - Christian de Chergé, Bruno Lemarchand, Paul Favre-Miville, Christophe Lebreton, Luc Dochier Michel Fleury, Célestin Ringiard - aus dem Kloster Tibhirin bei Médéa entführt und am 21. Mai ermordet. Ihre Überreste wurden eine Woche später aufgefunden. Die GIA (Groupes Islamiques Armés) bekannten sich zu diesem Verbrechen. Doch sehr viele Fragen über die Umstände der Entführung und der Gefangenschaft der Geiseln, die Rolle der französischen und algerischen Geheimdienste und schließlich ihre Ermordung bleiben bis heute offen. Es hat nie eine Untersuchung gegeben. Am 23. Dezember 2002 veröffentlichte die französischsprachige Zeitung Libération die Ausführungen des Geheimdienstmitarbeiters, Abdelkader Tigha, der berichtet, die Operation sei von seiner Dienststelle aus organisiert worden.

In der Nacht vom 26. zum 27. März 1996 durchquerte ein Kommando von 20 Männern das Dorf von Tibhirin, verschleppte mehrere junge Männer, drang in das Kloster ein und entführte sieben Mönche. Sie ließen zwei andere Mönche - Amédée und Jean-Pierre - und eine Gruppe von Rentnern zurück, die sofort die Sicherheitskräfte alarmierten.¹ Diese kamen aber erst am nächsten Morgen zum Kloster. Eine der algerischen Geiseln floh und gab genaue Angaben zum Aufenthaltsort der Geiselnnehmer und ihrer Opfer. Die Folge war die Bombardierung der gesamten Region, ohne dass die Geiseln gerettet werden konnten.

Die offizielle Version lautete, dass die GIA diese Entführung vorgenommen und schließlich die Geiseln ermordet hätten. Erst am 18. April 1996, fast einen Monat später, gab die Gruppe ein von Djamel Zitouni unterschriebenes Kommuniqué heraus. Darin wurde die Forderung nach der Freilassung der Gefangenen der GIA im Austausch mit den Mönchen gefordert. Das zweite Kommuniqué der GIA vom 23. Mai kündigte die Ermordung der Mönche an und begründete dies mit dem „Verrat“ Frankreichs: „Der Präsident Frankreichs und sein Außenminister haben erklärt, dass sie mit der GIA nicht verhandeln. Sie haben den Faden des Dialogs abgeschnitten. Wir unsererseits haben nun den sieben Mönchen die Häuse abgeschnitten.“ Was genau damit gemeint war, bleibt unklar, zumal offiziell die Verhandlungen zwischen dem französischen Geheimdienst und den Geiselnnehmern nicht bestätigt wurden: Am 30. April begab sich ein Vertreter der GIA in die französische Botschaft und überreichte einem Offizier des französischen Geheimdienstes eine Videokassette, die bewies, dass die Mönche am 17. April noch lebten.² Der Gesandte der GIA wurde nie mehr wieder gesehen, und es wird vermutet, dass die algerische Sécurité Militaire³ ihn nach seinem Verlassen der Botschaft abgefangen hat.⁴ Der Kontakt zwischen den GIA und der Botschaft war somit abgebrochen. Veranlasste dieser Abbruch der Verhandlungen die Geiselnnehmer dazu, die Mönche zu ermorden?

Diese Entführung, die mehr Fragen aufwirft als Antworten liefert, hat gewiss zu unzähligen Spekulationen geführt, insbesondere über die Rolle der französischen und algerischen Geheimdienste. Während der Entführung wurde die gesamte Region vom Militär umzingelt und bombardiert. Manche Personen aus Kirchenkreisen meinen, die Mönche seien während dieser Bombardierungen umgekommen. Andere vermuten, dass die französischen Dienste sich der Sache annahmen, weil ihre algerischen Kollegen - absichtlich oder nicht - keine Fortschritte in ihrer Suche machten bzw. womöglich selbst in dieser Operation verwickelt waren. Diese hätten sich schließlich der Geiseln entledigen müssen, um ihre eigene Rolle in dieser Entführung zu vertuschen.

¹ Henri Tincq, La sécurité algérienne pourrait être impliquée dans le Drame de Tiberhirine, Le Monde, 7. und 8. Juni 1998.

² L'Express, 30. Mai 1996.

³ Sécurité Militaire ist die ehemalige Bezeichnung für den Geheimdienst DRS (Département du Renseignement et de Sécurité)

⁴ Idem. Tincq bemerkt dazu, dass „zufälligerweise“ an diesem Tag die Kameras am Eingang der Botschaft ausfielen, so dass dieser Gesandte nicht identifiziert werden konnte. Der Offizier gab dem GIA-Mann eine schriftliche Bescheinigung über den Erhalt des Videos und ließ ihn in einem gepanzerten Wagen wegfahren. Der Mann soll nach dem Verlassen des Wagens ermordet worden sein.

Ließ der Geheimdienst die Mönche entführen?

Doch weder die französische Regierung noch die Kirche forderte eine Untersuchung dieses Verbrechens, und schließlich geriet die Angelegenheit mehr oder weniger in Vergessenheit. Mit den Enthüllungen von Abdelkader Tigha gegenüber der Zeitung *Libération* ist die Frage nach den Urhebern der Entführung und der Ermordung der sieben Mönche aufs Neue entfacht. Tigha, der zwischen 1993 und 1997 als Brigadechef im CTRI (Centre territorial de recherche et d'investigation) von Blida – einer regionalen Stelle des Geheimdienstes – beschäftigt war, berichtet, dass seine Kollegen bewaffnete Gruppen infiltrierten und steuerten. Im Zusammenhang mit der Entführung der Mönche berichtet er, dass am 24. März 1996 die rechte Hand von Djamel Zitouni – Mouloud Azzout – im CTRI übernachtete und sich dort am nächsten Morgen zwei Stunden lang mit Smaïn Lamari, Chef des DCE (Direction du Contre-Espionnage) und Nummer 2 des Geheimdienstes, unterhielt. Fünf Personen nahmen an dieser Unterredung teil, u.a. M'henna Djebbar, der Chef des CTRI. An diesem Tag wurde die höchste Alarmstufe ausgerufen, und niemand durfte seinen Posten verlassen. Die Wachen wurden von Unteroffizieren übernommen. Am Abend des nächsten Tages verließen Mitarbeiter des CTRI mit Azzout in zwei Autos die Dienststelle, entführten die sieben Mönche und kehrten zurück. Tigha berichtet: *„Wir glaubten, dass es sich um die Festnahme von Terroristen handelte. Es waren leider die sieben Mönche, die entführt worden waren. Sie wurden von Mouloud Azzout verhört. Zwei Tage später hat er sie oberhalb von Blida und schließlich zur Kommandozentrale von Djamel Zitouni, einem Ort namens Tala Acha, gebracht, ein Ort, der aus unterirdischen Unterschlüpfen, einer Krankenstation und einer Schule für neue Rekruten besteht. Von diesem Versteck aus hält Azzout den Kontakt mit dem CTRI.“*⁵

Tigha erzählt weiter, dass die internen Rivalitäten der GIA die Situation völlig verändert haben: Hocine Bessiou (alias Abu Moss'ab) leitete eine der Gruppen der GIA in der Region Blida-Bougara-Sidi Moussa-Baraki. Er forderte von Zitouni die Herausgabe der Mönche. Dieser und seine rechte Hand Azzout mußten sich dem beugen, nachdem andere Leutnants der GIA diese Forderung unterstützten. Die Mönche wurden nach Bougara gebracht, und Azzout musste zum CTRI, um diese Entscheidung zu rechtfertigen. Tigha erklärt, dass *„er [Azzout] zwei Wochen dort blieb, und dann hat man nichts mehr von ihm gehört“*. Von Djamel Zitouni forderte der DRS, dass er die Geiseln zurückholen solle, ein Unterfangen, das seinen Tod bedeutete, da der Krieg zwischen den GIA und anderen Gruppen tobte. Tigha behauptet, dass Zitouni einem Hinterhalt der AIS zum Opfer fiel und starb. *„Seine Neutralisierung sowie die von Azzout löschte jede Spur der Verwicklung unserer Dienste aus. Zitounis Tod wurde erst im Juli verkündet.“*⁶

Die GIA kündigten den Tod der Geiseln in einem Kommuniqué vom 21. Mai 1996 an. Am 30. Mai wurden ihre Köpfe gefunden. Es bleibt weiterhin unklar, wie die Mönche den Tod fanden. Wurden sie Opfer der militärischen Bombardierungen, wie weiter oben ausgeführt? Wurden sie direkt oder indirekt von Geheimdienstagenten ermordet, weil sie wussten, von wem sie entführt worden waren? Oder wurden sie von den GIA ermordet, weil die Verhandlungen mit der französischen DGSE kein Ergebnis brachten. Weiterhin undurchsichtig bleiben die Verwicklungen beider Dienste nach der Entführung. Vieles deutet daraufhin, dass sie nicht zusammen, sondern gegeneinander arbeiteten.

Ali Benhadjar, ein ehemaliges Mitglied der GIA berichtet

Die Ausführungen von Tigha decken sich in vielen Einzelheiten mit den Erklärungen von Ali Benhadjar. Bereits im Juli 1997 schrieb das Mitglied und später selbst Chef einer bewaffneten Gruppe, die sich der GIA angeschlossen hatte und diese zu Beginn des Jahres 1996 verließ, einen Bericht über dieses Drama, der viele Details über die Umstände der Entführung enthält. Er erklärt, dass das Kommando, das die Entführung durchführte, das Dorf terrorisierte, Wohnungen zerstörte, drei Männer tötete und andere mitnahm, die später ermordet aufgefunden wurden, bis auf einen, der fliehen konnte.⁷ Er erzählt, dass die Geiseln mit ihren Opfern zu Fuß in die Berge gingen und eine der algerischen Geiseln fliehen konnte und die Sicherheitskräfte alarmierte. Er fragt sich, warum die Region bombardiert wurde, wenn dort die Mönche festgehalten wurden. Er wundert sich, dass alle Zeitungen aus „gut informierten Quellen“ zu berichten wussten, dass die Geiseln von der Region Tibhirin nach Bougara gebracht worden waren. Wie konnte der Verbleib der Mönche bekannt sein, wenn nicht über den Ge-

⁵ Arnaud Dubus, Les sept moines de Tibehirine enlevés sur ordre d'Alger, *Libération*, 23. Dezember 2002.

⁶ Idem.

⁷ Abu Scha'ib 'Ali Ben Hadjar, Qadhiaat maqatal ar-rahban as-sab'a bil-djazair, *Al-Djazair*, 17. Juli 1997

heimdienst, und warum wurden sie dann nicht befreit? Oder bestand gar nicht die Absicht, sie zu befreien? Benhadjar geht in seinen Belastungen noch weiter, indem er den französischen Geheimdienst des Mitwissens und der Komplizenschaft beschuldigt.

Die Bedeutung des Berichtes liegt darüber hinaus in den Ausführungen von Benhadjar über das Wesen der GIA-Gruppe, die die Entführung vorgenommen hätte. Er erklärt, dass die Gruppe um Djamel Zitouni, die vom Geheimdienst manipuliert und kontrolliert wurde, die Führung in den GIA durch eine Art internen Putsch übernommen hatte. Diese hätte die Entführung ausgeführt, nachdem seine eigene Gruppe sich dagegen ausgesprochen hatte, weil sie den Mönchen bereits Ende 1993 Schutz (*Aman*) versprochen hatte. Er beschreibt im Einzelnen den Besuch, den er mit fünf weiteren Männern seiner Gruppe, darunter Cheikh Attia, damaliger Chef der Gruppe, in der Nacht vom 24. zum 25. Dezember 1993 den Mönchen abstattete, um ihnen den *Aman* anzubieten. Im Gegenzug verlangten sie, dass der Arzt unter den Mönchen, bei Bedarf, ihre Verletzten behandelt. Benhadjar versichert, dass die Mönche der vorgeschlagenen Abmachung zustimmten. Er erklärt: „*Als die GIA unter der Führung von Zitouni, der von den Sicherheitsdiensten durch absurde Fatwsa und Richtlinien manipuliert wurde, begann, von der Linie abzuweichen, annullierte sie unsere Verpflichtungen, indem sie das Blut, das Vermögen und das Geld derjenigen, die nicht mit ihr einverstanden sind, für rechtmäßig erklärte.*“⁸ In seiner Broschüre gibt Benhadjar viele Hinweise, dass die GIA, die von Djamel Zitouni und seinem Leutnant Antar Zouabri geführt wurden, vom Geheimdienst manipuliert wurden.

Bis heute hat weder die algerische noch die französische Regierung auf die Erklärungen von Benhadjar und Tigha reagiert. Der Erzbischof von Algier Mgr. Tessier teilte der Presse mit: „*Derjenige, der die klarsten Informationen gab, war Benhadjar von der AIS (Armée islamique du Salut), der mit den verschiedenen terroristischen Gruppen der Region in Verbindung stand. Wir haben keine andere Information, um der Version von Libération mehr Glauben zu schenken.*“⁹ Ist dies angesichts der Ausführungen von Benhadjar nicht eine diplomatische Bestätigung seiner Aussagen?

Es ist zu wünschen, dass die Ausführungen von Abdelkader Tigha die Kirche und die französische Regierung endlich veranlassen werden, eine Untersuchung zu fordern.

Die Mönche und ihre Mörder

Die Aussage eines ehemaligen Geheimdienstlers wirft ein neues Licht auf eine Gräueltat in Algerien

Von Thomas Schmid, Frankfurter Rundschau, 3. Januar 2003

Bewohner von Medea, einer Stadt 80 Kilometer südlich von Algier, machten am 30. Mai 1996 einen grausamen Fund. Am Ortseingang entdeckten sie in Plastiksäcken, die an Bäumen hingen oder am Straßenrand deponiert waren, sieben abgeschnittene Köpfe. Eine Woche zuvor hatte die islamistische Terrorgruppe GIA in einem Kommuniké bekannt gegeben: "Der Präsident Frankreichs und sein Außenminister haben erklärt, dass sie mit der GIA nicht verhandeln. Sie haben den Faden des Dialogs abgeschnitten. Wir unsererseits haben nun den sieben Mönchen die Hälse abgeschnitten."

Der Mord an den französischen Trappisten, die zwei Monate zuvor aus ihrem Kloster in Tibehirine, unweit von Medea, entführt worden waren, erschütterte ganz Frankreich. Vor nichts schreckten diese Islamisten zurück, so die öffentliche Meinung damals. Die Kritik an den algerischen Sicherheitskräften, die bei der Bekämpfung des Terrors ja auch nicht gerade zimperlich vorgingen, verstummte.

Kurz vor Weihnachten meldete sich nun eine Stimme aus dem fernen Thailand, die ein völlig neues Licht auf das Massaker an den Mönchen in Algerien wirft. Am 23. Dezember publizierte die französische Tageszeitung Libération die Aussagen von Abdelkader Tigha, der 1996 in Blida, einer Stadt in der Nähe von Medea, Offizier des militärischen Geheimdienstes DRS war. Der heute 34-jährige Tigha war im Dezember 1999 aus Algerien geflüchtet, nachdem er sich mit seinen Vorgesetzten überworfen hatte. Er hatte sich nach Syrien abgesetzt, wo er die französische Botschaft kontaktier-

⁸ idem, S. 11.

⁹ Reuters, 24. Dezember 2002.

te und erklärte, er sei bereit, sein geheimdienstliches Wissen auszupacken, wenn man ihm politisches Asyl gewähre.

Den Franzosen war es zu riskant, Agenten aus Paris zum Verhör nach Damaskus einzuladen, und so verabredete man Gespräche in Thailand. Tigha kam im Januar 2000 in Bangkok an und wurde schon bald von drei französischen Geheimdienstlern kontaktiert. Diese waren an Informationen zwar interessiert, konnten Tigha aber kein Asyl versprechen, zumal nicht klar war, ob er möglicherweise selbst an der Folterung und Tötung von Islamisten beteiligt war, Verbrechen, die er seinen ehemaligen Vorgesetzten und Kollegen vorwarf.

Als sein Touristenvisum im April 2000 auslief, wurde er von der thailändischen Polizei festgenommen. Seither ist er in Auslieferungshaft, ohne ausgeliefert zu werden, weil ihm in Algerien Gefängnis, Folter und Tod drohen und Frankreich ihn nicht aufnehmen will - wohl aus Rücksicht auf die Beziehungen zum algerischen Regime.

Was Tigha kurz vor Weihnachten nun auspackte, ist höchst brisant. Er behauptet, dass am 24. März 1996 in seiner Kaserne Mouloud Azzout, der als rechte Hand von GIA-Chef Djamel Zitouni gilt, aufgetaucht sei, daselbst übernachtet und am Morgen ein zweistündiges Gespräch mit Smain Lamari, der damaligen Nummer zwei des militärischen Geheimdienstes, geführt habe. In der Nacht vom 26. auf den 27. März seien dann zwei Kleinbusse vorgefahren. "Wir glaubten, es seien festgenommene Terroristen", erinnert sich Taghi, "aber es waren die sieben Mönche, sie wurden von Mouloud Azzout verhört." Zwei Tage später habe Azzout die Mönche ins geheime Hauptquartier des GIA-Chefs gebracht. Von dort seien sie später an eine Gruppe der GIA ausgeliefert worden, die sich der Kontrolle der GIA-Spitze entzogen habe.

Der DRS forderte von Djamel Zitouni die Rückgabe der Gottesmänner, und als sich der GIA-Chef zu jener Gruppe aufmachte, geriet er in einen Hinterhalt der AIS, einer verfeindeten islamistischen Truppe, die ihn ermordete. Mouloud Azzout, sein Vertrauter, kehrte in die Kaserne von Blida zurück, wo er noch zwei Wochen lebte und dann vermutlich umgebracht wurde.

Soweit der sensationelle Bericht von Abdelkader Taghi, publiziert in Paris vor den Festtagen. Doch ist dem Deserteur denn auch zu glauben? Vieles spricht dafür, dass Abdelkader Taghi die Wahrheit sagt. Der Armee waren die Trappisten-Mönche ein Dorn im Auge. Sie lebten im Gebiet, das zwischen Armee und islamistischen Gruppen im Bürgerkrieg, der seit zehn Jahren andauert und bis heute 200 000 Tote gefordert hat, immer wieder am heftigsten umkämpft wurde. Sie waren potenzielle Zeugen, und sie weigerten, sich Partei zu ergreifen. Pater Luc, der als Arzt arbeitete, war für seinen Spruch bekannt: "Ich kenne keine Soldaten und keine Terroristen, ich kenne nur Kranke und Verletzte." Und die Entführung christlicher Franzosen durch fanatische Islamisten, so konnten sich die Generale in Algier allemal ausrechnen, würde die französische Gesellschaft aufwühlen.

Der Emissär der GIA, der am 30. April 1996 mit der französischen Botschaft in Algier zwecks Verhandlungen Kontakt aufnahm, wurde schon kurz danach ermordet - vermutlich vom algerischen Geheimdienst, der sich von den Franzosen nicht in die Karten sehen lassen wollte.

Taghi ist nicht der Erste, der über die Infiltration und Manipulierung der GIA durch die Armee berichtet. Bereits Habib Souaidia, ein abgesprungener Armeeeoffizier, hatte in seinem 2001 erschienenen Buch "La guerre sale" (auf Deutsch "Der schmutzige Krieg", erschienen beim Chronos-Verlag) über die Kooperation zwischen Armee und Islamisten berichtet. Im Juli dieses Jahres fand in Paris ein Prozess gegen Souaidia statt, den der algerische General Khaled Nezzar, in den 90er Jahren der faktische Machthaber in Algerien, angestrengt hatte. Als Zeuge trat damals auch Habib Samraoui, der frühere Adjutant des Vizegeheimdienstchefs Smain Lamari, auf. Er sagte aus: "Von einem gewissen Zeitpunkt an kontrollierten wir die Gruppen, die wir gebildet oder infiltriert hatten, nicht mehr." Und er ging sogar so weit zu sagen: "Die GIA ist ein Produkt der Geheimdienste."

Der ehemalige Richter Alain Marsaud, der heute für die Regierungspartei UMP im französischen Parlament sitzt, ist nach eigenen Aussagen schon 1996 vom Bruder eines der ermordeten Mönche darauf hingewiesen worden, dass die Armee in das Verbrechen verstrickt sei. Nach den Enthüllungen des in Thailand inhaftierten algerischen Deserteurs fordert er nun eine Untersuchung des Falls. Zumindest müsse man nun doch den Mann in Bangkok anhören. Doch darauf scheint die französische Diplomatie nicht gerade erpicht zu sein. Frankreich hat 2003 offiziell zum Jahr Algeriens erklärt. Über 40 Jahre nach Ende des Kolonialkriegs ist Versöhnung angesagt. Abdelkader Tigha aber droht mit seiner Geschichte die Harmonie zu stören.

Die Anschläge 1995 in Paris

Blicke, die noch mal verletzen

Dorothea Hahn, TAZ, 18. Oktober 2002

"Ist das Ihre Schrift?", fragt der Vorsitzende Richter. "Ja", antwortet der Angeklagte. "Ist das ein Rezept zum Bomben basteln?" - "Ja." - "Woher haben Sie das Rezept?" - "Hat mir jemand diktiert." - "Wer?" - "Sag ich nicht. Er ist nicht in diesem Saal." - "Wollten Sie eine Bombe basteln?" - "Nein." - "Lassen Sie sich öfter Dinge diktieren, die Sie nicht brauchen?" - "Weiß nicht."

Der Vorsitzende Richter Jean-Pierre Getti spricht Französisch. Der Angeklagte, der 34 Jahre alte Algerier Smaïn Aït Ali Belkacem, braucht keine Übersetzung, um zu verstehen. Aber seine Antworten gibt er auf Arabisch. Der schwere Körper des kleinen Mannes mit dichtem schwarzen Vollbart gerät dabei in wogende Bewegungen. Seine Hände zeichnen Figuren in die Luft. Er schreit beinahe ins Mikrofon. So hastig, als wollte er seine eigenen Worte überholen.

In der französischen Übersetzung bleibt wenig von dem Redefluss übrig. Der Angeklagte erklärt nichts. Er trägt nicht zum Verständnis bei. Er bestreitet alles. Auch seine eigenen Geständnisse vor der Polizei und vor den Untersuchungsrichtern. Und die detaillierte Beschreibung seines eigenen Bombenattentats in der Pariser Metrostation Musée d'Orsay, die sein inzwischen entlassener früherer Verteidiger im Jahr 2000 an die Presse gegeben hat.

Der zweite Mann auf der Anklagebank grinst zufrieden. Boualem Bensaïd hat früher Algerien bei Karatewettkämpfen vertreten. Davon sind dem 35-Jährigen Muskelpakete an Armen und Oberkörper geblieben. Nach seiner Verhaftung im November 1995 hat Bensaïd die Verantwortung für alle islamistischen Attentate des vorausgegangenen Sommers in Frankreich übernommen. Vor der französischen Polizei bezeichnete er sich als Chef der drei Gruppen, die in Lyon, Paris und Lille Bomben bauten. Der mit ihm aus Algerien angereiste Belkacem erzählte, dass die Führung der "bewaffneten islamistischen Gruppen" (GIA) sie im Frühjahr 1995 für den Frankreicheinsatz auswählte, da sie im Guerillakampf erprobte "Moudjahids" waren. Sie sollten den Terror von Algerien nach Frankreich tragen. "Ihr habt freie Hand", lautete der Auftrag der GIA.

Seit Anfang Oktober stehen die beiden Moudjahids vor einem Spezial-Schwurgericht in Paris. Weil es um Terrorismus geht, sitzen vorn am Richterpult sieben Berufsrichter und keine Laien. Die beiden Männer auf der Anklagebank müssen sich wegen drei Bombenattentaten im Sommer und Herbst 1995 in der Pariser Metro verantworten. Bilanz: 8 Tote und über 200 Verletzte.

Im Sommer 1995 herrschte in Frankreich Bombenpanik. Wer in eine Metro stieg, warf zuerst einen prüfenden Blick unter die Sitzbänke. Die Behörden verriegelten Papierkörbe und Gepäckaufbewahrungen. Vor Synagogen und Schulen wurden Sperrgitter installiert. Und die Fahndung nach einem als Bombenleger verdächtigen jungen Mann beschäftigte tagelang das ganze Land. Als Khaled Kelkal am 29. September auf einer Landstraße bei Lyon tödlich von Polizeikugeln getroffen wurde, war das Fernsehen live dabei.

Sieben Jahre danach interessiert sich die französische Öffentlichkeit kaum noch für jene Attentate aus der Frühzeit des bewaffneten Islamismus im Westen. Auf den harten Holzbänken für Zuschauer im Schwurgericht sind die Opfer unter sich. Verletzte, verwaiste und verwitwete Menschen, die eine Bombe zusammengebracht hat. Fast alle fahren im Taxi zu den Gerichtsverhandlungen, weil sie sich bis heute nicht in Metro und Busse trauen. Fast alle haben Beruhigungsmittel dabei. Viele sind durch mikroskopische Verletzungen im Gehörgang schwerhörig geworden. Einige humpeln täglich an Krücken die Treppe zum Gerichtssaal hinauf.

Die Uhr der toten Tochter

Manche leben seit Jahren auf die Konfrontation mit den Angeklagten hin. Sie haben gehört, dass die Angeklagten "selbstgefällig" sind und "verlogen". Sie hoffen trotzdem auf den Ansatz einer Erklärung. Auf ein Zeichen von Reue.

"Warum ist meine Tochter gestorben?", fragt Annick Brocheriou, als sie am elften Verhandlungstag zwei Meter vor Bensaïd und Belkacem steht. Seit dem Attentat vom 25. Juli 1995 in der Station Saint-Michel trägt sie die Armbanduhr der 26-jährigen Véronique, die in Waggon Nummer sechs der RER-B auf der Bank saß, unter der die Bombe explodierte.

"Ich bin Moslem und ich verstehe nicht", sagt der Polizist Richard Girier-Dufournier, dessen Tochter Sandrine, 24, auf dem Heimweg von der Bombe getötet wurde: "Der Islam tötet nicht." Auch Roland Froment spricht zu den Angeklagten von Religion: "Glauben Sie wirklich, dass Sie so vor Gott treten dürfen: mit Händen an denen das Blut unschuldiger Opfer klebt?" Sein Sohn Pierre-Henri starb vier Monate nach dem Saint-Michel-Attentat an seinen Verletzungen - eine Woche bevor er zum zweiten Mal Vater wurde. "Nichts ist mehr wie zuvor", fasst Josyane Loiseau ihr Leben nach dem Attentat zusammen, "die Angst ist jetzt immer da." Sie musste ein Jahr im Krankenhaus verbringen, bevor sie wieder gehen lernte.

An dem Angeklagten Bensaïd prallt alles ab. Er schaut weiter ins Leere. Grinst sogar. "Warum Ihre Tochter gestorben ist, muss Ihnen die Justiz sagen. Nicht ich", blafft er Annick Brocheriou an. "Gehen Sie in eine Moschee, da wird man Ihnen schon erklären, warum", rät er einer jungen Frau, die schwer verletzt überlebte. Der Vorsitzende Richter insistiert: "Warum all das im Jahr 1995?" Der Angeklagte wird laut: "Das ist die Folge eines Krieges in Algerien. Die 250.000 Toten können nicht hierher zum Weinen kommen." Im Saal sind kleine Schreie zu hören. Der Vorsitzende Richter schmeißt Bensaïd raus. Für fünf Minuten. Der andere Angeklagte, Belkacem, dessen schwerer Körper häufig stundenlang zusammensackt, der oft döst, als ginge ihn sein eigener Prozess nichts an, kämpft mit den Tränen, während die Opfer sprechen. Er vermeidet den Blickkontakt.

Der Gerichtspsychiater hat beiden Angeklagten "normale Intelligenz" bescheinigt, und "wenig Abstraktionsvermögen". Politische Erklärungen oder auch nur Auskünfte über ihre Motive gibt es von ihnen nicht. Selbst Allah bringen sie nur zur Sprache, wenn sie eine Gebetspause am Nachmittag verlangen oder sich weigern, vor dem Gericht aufzustehen. "Als Moslem erkenne ich einzig die Justiz Allahs an", sagt Belkacem. Der Vorsitzende Richter gewährt ihnen die Gebetspausen. Und zwingt sie, vor dem Gericht aufzustehen.

Seit einem Anwältewechsel haben Bensaïd und Belkacem ihre Verteidigungsstrategie radikal geändert. Sie antworten jetzt nur noch auf Vorwürfe, wegen derer sie bereits in getrennten Verfahren verurteilt worden sind. Belkacem hat 1999 zehn Jahre wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung bekommen. Bensaïd ebenfalls. Zusätzlich ist Bensaïd für das misslungene Attentat auf den Hochgeschwindigkeitszug Paris-Lyon verurteilt, bei dem seine Fingerabdrücke zusammen mit denen von Khaled Kelkal auf der Bombe gefunden wurden. Was die bereits gerichtlich beurteilten Verbrechen betrifft, haben die beiden Angeklagten nichts mehr zu verlieren.

Die Klagen der Angeklagten

Auf alle anderen Fragen antworten sie mit Fragen: "Wo sind die materiellen Beweise?" Mit Unflätigkeiten: "Machen Sie Ihre Arbeit anständig." Oder mit der Behauptung: "Das hat die Polizei erfunden." Bensaïd, der im Gegensatz zu seinem Mitangeklagten vor Gericht Französisch spricht, erklärt seine eigenen Falschaussagen mit polizeilichen Misshandlungen. "Sie drücken mit den Händen auf den Kopf", sagt er dem Vorsitzenden Richter und fuchtelte mit den Händen an seinen Ohren herum, "irgendwann sagst du alles, was sie hören wollen." - "Den musste man nicht schlecht behandeln, um Auskünfte zu kriegen", sagt ein Polizist über Bensaïd.

Der Richter hört sich die Klage des Angeklagten und seine Drohung mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof immer wieder geduldig an. Er lässt zwei Ärzte kommen und die blauen Flecken beschreiben, die sie nach der Verhaftung in Bensaïds Gesicht gesehen haben. Er fragt den Angeklagten bei jedem neuen Polizisten, der in den Zeugenstand tritt, ob er es war. Aber Bensaïd bleibt bei seinem generellen Foltervorwurf. Er erkennt niemanden. Nicht einmal den Polizisten, mit dem er sich bei seiner Verhaftung nach beider Aussagen hart geprügelt hat.

Das Gericht verfügt über Telefonmitschnitte, die von Attentaten handeln. Es hat eine Monatskarte, die zeigt, dass Belkacem wenige Minuten vor der Explosion in der Metrostation Orsay ausgestiegen ist. Es hat Notizbücher, in denen die Ausgaben und die aus London kommenden Einnahmen der Gruppe akribisch aufgelistet sind. Es hat Aufzeichnungen von Bensaïd, die laut einer Grafologin einen minutengenauen Zeitplan für das Attentat an der Station Saint-Michel darstellen. Und es verfügt über

sämtliche nötigen Zutaten zum Bombenbau. Sie wurden bei den Verhaftungen in den Wohnungen der Angeklagten gefunden: von Schwarzpulver, Schwefel, Insektenvernichtungsmittel und Zucker bis hin zu scharfkantigen Schrauben. Bei Belkacem war auch eine angebohrte Gasflasche dabei sowie ein Wecker, auf dem schon der Zeitzünder für das nächste Attentat installiert war. Die Bombe sollte einen Wochenmarkt in Lille treffen.

Aber ein definitiver Beweis für die direkte Beteiligung der beiden Männer an den drei Attentaten, um die es jetzt in Paris geht, fehlt. In dieser Woche hat der zentrale Zeuge der Anklage einen Rückzieher gemacht. Nasreddine Slimani kommt aus dem Umfeld der Angeklagten. 1999 wurde er zusammen mit ihnen wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Seine französischen Papiere dienten den beiden Algeriern als Fälschungsgrundlage. Vor den Ermittlern beschuldigte Slimani jedoch den Algerier Bensaïd mehrfach als Bombenleger von Saint-Michel.

Slimani ein "Verräter" der Moudjahid? Der 31-Jährige betritt den Saal des Schwurgerichtes. Beide Angeklagte setzen ein breites Lächeln auf. Slimani erwidert es nicht. Dann widerruft er seine Aussage. Begründung: "Ich bin gefoltert worden." Der in Lyon aufgewachsene Mann lehnt es ab, bei der weiteren Suche nach den Attentätern zu helfen. "Ich glaube nicht mehr an die Justiz", sagt er dem Vorsitzenden Richter.

L'ombre d'Alger derrière les attentats de 1995

Le procès qui a pris fin mercredi laisse des questions sans réponses.

Par Jose Garçon, *Libération*, 01 novembre 2002

Plus de cinq semaines de procès, trois heures trente de délibéré et deux peines de réclusion perpétuelle, pour Boualem Bensaïd et Smaïn Aït Ali Belkacem : en dépit de ce verdict, le procès qui s'est achevé mercredi n'a pas fait toute la lumière sur les attentats qui firent huit morts et deux cents blessés à l'été 1995 dans la capitale française.

A lui seul, ce verdict de la cour d'assises spéciale de Paris semble d'ailleurs sanctionner l'incapacité des juges à répondre à toutes les questions soulevées par cette vague de terreur. En effet, Bensaïd et Belkacem n'ont été condamnés que pour deux des trois attentats : ceux du métro Maison-Blanche et du RER Musée-d'Orsay, dans lesquels les charges accumulées contre eux sont très lourdes. Les empreintes digitales de Bensaïd, retrouvées sur la bombe de Maison-Blanche, ou l'analyse du coupon de carte Orange de Belkacem ont en quelque sorte "signé" leur culpabilité. Mais, alors que Bensaïd était accusé d'être l'auteur principal de la bombe du RER Saint-Michel, il a n'en a été déclaré que "complice".

"Commanditaires"

Le premier et le plus meurtrier des attentats de 1995 attribués aux islamistes des GIA est, il est vrai, entouré d'énormes zones d'ombre. Et l'avocat de Bensaïd a eu beau jeu de marteler : "Ce n'est pas Bensaïd qui a déposé la bombe et il ne se trouvait pas à Paris le 25 juillet." A l'époque déjà, nombre de dirigeants et de policiers français s'interrogeaient, non pas sur les exécutants, mais sur les "vrais commanditaires". "On ne peut exclure que les services de renseignement algériens aient été impliqués dans cette première opération. Après, les islamistes ont pris naturellement le relais", affirmait notamment un haut responsable français.

Les soupçons étaient alors si forts que Jean-Louis Debré les exprima au cours d'un déjeuner avec des journalistes le 15 septembre 1995. "La Sécurité militaire algérienne, affirmait ainsi le ministre de l'intérieur de Jacques Chirac, a tenté d'orienter les policiers français sur des fausses pistes pour qu'on élimine des gens qui les gênent." Cette déclaration, immédiatement démentie par son auteur, avait néanmoins tout l'air d'un avertissement destiné à signifier à Alger les "doutes" de Paris quant aux commanditaires de Saint-Michel. Bien plus tard, Jean-Louis Debré confirmait d'ailleurs au journaliste Hubert Coudurier, auteur d'un livre sur Chirac, qu'il avait lancé cette phrase "sciemment pour envoyer un message aux Algériens".

A l'époque, les relations entre la France et l'Algérie étaient au plus bas. Sept mois auparavant, en décembre 1994, l'épilogue du détournement de l'Airbus d'Air France par un commando des GIA avait amené les deux pays au bord de la rupture diplomatique. Au point qu'Edouard Balladur, alors Premier ministre, avait affirmé en privé "tenir Alger pour responsable de la mort du jeune cuisinier français" exécuté par les terroristes.

Préférences

L'accueil favorable réservé par le ministre des Affaires étrangères, Alain Juppé, à "l'offre de paix" faite à Rome par l'opposition algérienne en janvier 1995 avait encore aggravé le contentieux. D'autant que les généraux n'avaient pas pardonné à ce dernier d'avoir affirmé, en 1993 au plus fort de la "sale guerre", que "le statu quo n'était plus tenable" en Algérie. "Dès lors, estime un connaisseur du dossier, le pouvoir algérien ne rêvait que de voir Juppé détrôné par Charles Pasqua, avec qui il entretenait les meilleures relations. Les bombes à Paris visaient aussi à déstabiliser Juppé devenu Premier ministre, et à assurer un soutien sans faille de Paris à Alger."

Reconnues par tous les services de renseignement occidentaux, les manipulations et les infiltrations des GIA par les services de sécurité algériens ne sont pas faites pour infirmer cette thèse. Les GIA demeurent en effet l'un des groupes terroristes les plus opaques. La personnalité d'Ali Touchent, dont l'ombre a sans cesse plané sur le procès de Paris, en témoigne. Présenté comme "le vrai responsable des attentats", cet "émir" des GIA est vite devenu un agent des "services" algériens (Libération des 16 février 1998 et 5 octobre 2002). Sa faculté d'échapper à au moins trois rafles de la police en France et en Belgique, alors que tous ceux qui l'ont approché étaient tués ou arrêtés, n'est qu'une partie du mystère qui l'entoure. Comment expliquer ainsi que ce "terroriste islamiste", recherché par toutes les polices après les attentats en France, se réfugie... à Alger où, non seulement il ne se cache pas, mais habite dans une cité de CNS (équivalent des CRS) proche de la caserne de Châteauneuf, une zone parmi les plus sécurisées de la capitale. La "gestion" par Alger de sa mort "au cours d'un accrochage avec les forces de l'ordre" dans un hôtel du centre de la capitale algérienne en mai 1997 a encore donné du crédit à ces accusations. Paris n'a en effet été prévenu de son décès que... neuf mois après, en février 1998. "Recherches incessantes", avançait laconiquement le communiqué algérien pour expliquer un tel délai.

La justice française aura-t-elle l'occasion de rouvrir le dossier de Saint-Michel? Bensaïd et Belkacem disposent de quelques jours pour faire appel. Et Paris attend toujours l'extradition par le Royaume-Uni de Rachid Ramda, présenté comme le "financier" des attentats et détenu à Londres depuis fin 1995.

Un documentaire revient sur la thèse de la manipulation des islamistes par l'armée algérienne

Sylvain Cypel, Le Monde, 1 novembre 2002

L'enquête, diffusée sur Canal+ lundi 4 novembre, présente des témoignages troublants d'ex-responsables algériens et de personnalités françaises.

"Voici l'histoire d'une incroyable manipulation." Ainsi débute le documentaire "Attentats à Paris, enquête sur les commanditaires", qui sera diffusé, lundi 4 novembre à 23 h 15, dans l'émission "90 minutes", sur Canal+. Son sujet : les liens de subordination qu'auraient entretenus les Groupes islamiques armés (GIA) avec des militaires algériens de haut rang. Les GIA sont accusés d'avoir perpétré d'innombrables crimes en Algérie, mais aussi des actes terroristes contre la France, en particulier le détournement d'un avion d'Air France en décembre 1994 et plusieurs attentats à Paris, en 1995, pour lesquels ont été jugés Smaïn Aït Ali Belkacem et Boualem Bensaïd.

Réalisé – avec Romain Icard – par Jean-Baptiste Rivoire, auteur de divers documentaires sur l'Algérie, "Attentats à Paris" est une enquête à charge, non contradictoire. Sa thèse : la DRS – la sécurité militaire algérienne – a recruté l'islamiste Djamel Zitouni pour en faire son informateur au sein des GIA. Elle l'a ensuite utilisé pour éliminer leurs chefs historiques, puis pour lancer ces groupes dans des massacres barbares contre les civils en Algérie. Enfin et surtout, Djamel Zitouni, désormais entouré d'adjoints issus des services spéciaux algériens, aurait mis en œuvre la stratégie du pouvoir visant, par une série d'actes terroristes, à imposer aux gouvernements français successifs de maintenir un soutien sans faille à Alger.

Ce n'est pas la première fois que ce type d'accusations est émis. Le Monde publiait, dès le 11 novembre 1997, le témoignage anonyme d'un ex-capitaine présumé de la DRS affirmant que ce service était l'instigateur des attentats de 1995. La nouveauté du documentaire tient d'abord au nombre d'anciens responsables des services algériens qui s'expriment tous – à une exception près – à visage découvert. Et qui, tous, abondent dans le sens d'une "manipulation" organisée des GIA, certains ajoutant que des services français en étaient conscients. Certains témoignages sont invérifiables, mais plusieurs semblent sérieux, et leur accumulation est troublante. Le capitaine Samraoui affirme ainsi que Djamel Zitouni, vu en juillet 1994 dans les locaux de la sécurité militaire, était "un agent qui recevait des instructions de la part de nos chefs". Ancien des forces spéciales, le capitaine Ahmed Chouchène évoque comment le général Abderrahmane, chef de la DRS, et son adjoint, le colonel Tartagh Bachir, lui ont demandé de "travailler avec Zitouni. On va t'arranger un rendez-vous".

Mais la principale nouveauté de l'enquête réside dans les témoignages de plusieurs personnalités françaises. Ex-agent des renseignements généraux, Jean Lebesch, pour qui Ali Touchent, l'organisateur présumé des attentats de Paris et grand absent du procès, était "très certainement un agent" des services algériens ayant bénéficié de protections en France, raconte comment un officier algérien, à Paris, informait régulièrement l'un de ses collègues des RG de l'imminence de chaque attentat. Interrogé, Alain Marsaud, aujourd'hui député UMP, qui fut chef du service central de lutte contre le terrorisme au parquet jusqu'en 1989, et était député RPR en 1994-1995, ne paraît aucunement surpris. "Ça ne sert à rien de commettre un attentat si vous ne faites pas passer des messages et n'arrivez pas à contraindre la victime à céder. Il faut faire comprendre d'où vient la menace."

D'où venait la menace terroriste en France ? Réponse d'Alain Marsaud : "Le terrorisme d'Etat (...) utilise des organisations écrans, en l'espèce une organisation écran aux mains des services algériens. Il est probable que le GIA ait été une organisation écran (...) pour prendre la France en otage." Deux témoignages assurent aussi que, en son temps, Jean-Louis Debré, ministre de l'intérieur, avait sciemment fait "fuir" vers la presse, pour la démentir ensuite, sa certitude que les attentats avaient été "une manipulation des autorités algériennes".

Insérés habilement dans l'enquête, deux autres témoignages restent sujets à interprétation, compte tenu de ces assertions. Celui d'Edouard Balladur, d'abord. L'actuel président de la commission de la défense et des affaires étrangères de l'Assemblée, qui était premier ministre en 1994, dit avoir téléphoné au président algérien Zeroual, alors qu'Alger refusait de laisser partir l'avion détourné d'Air France pour Marseille, en le menaçant en ces termes : "Je prendrai à témoin l'opinion et la communauté internationales du comportement du gouvernement algérien qui empêcherait la France de sauvegarder la vie de ses ressortissants."

Interrogé sur les relations avec l'Algérie le 29 septembre 1997 sur TF1, quatre mois après être devenu premier ministre, un Lionel Jospin visiblement peu à l'aise répondait : "Nous sommes obligés d'être assez prudents. Je dois aussi penser quand même aux Français. Nous avons déjà été frappés (...) Je suis pour que nous prenions nos responsabilités, mais en pensant que la population française doit aussi être préservée. C'est lourd de dire cela (...) mais c'est ma responsabilité." Interrogé sur le fait de savoir si l'interprétation de ces propos est que "les politiciens français ne peuvent pas dire ce qu'ils pensent de l'Algérie parce qu'ils ont peur des bombes", le responsable du dossier Algérie au PS, Alain Chenal, acquiesce.

Qui derrière les bombes de Paris ?

Fabrice Nicolino, Politis, 31 Octobre 2002

Canal+ diffuse un formidable documentaire sur les vrais commanditaires des attentats en France.

Qui a-t-on jugé à Paris pendant des semaines ? Avant tout Boualem Bensaïd, considéré comme l'un des principaux responsables des attentats de l'été 1995. Y en a-t-il d'autres plus inattendus que ce lamentable terroriste? C'est la conviction de trois journalistes des " Lundis de l'investigation ", sur Canal +. Dans le documentaire que l'on pourra voir le 4 novembre (à 23 h 15 et en crypté hélas !), Jean-Baptiste Rivoire, Romain lcard et Laurent Caujat apportent de nombreuses révélations.

Qui commande le GIA au moment des attentats ? Djamel Zitouni. Plusieurs anciens officiers algériens interrogés par Canal + affirment que Zitouni était un homme des services secrets algériens. Cet islamiste aurait été repéré dans un camp d'internement du Sahara, où la junte au pouvoir avait parqué des milliers d'opposants. Les services auraient ensuite fabriqué, en partie grâce aux médias qu'ils contrôlent, un Zitouni implacable et téméraire pour lui permettre de monter dans la hiérarchie des GIA. Chose faite en 1994. L'armée tend une vaste embuscade aux chefs principaux chefs du GIA, mais épargne bien sûr Zitouni qui prend le pouvoir, élimine les chefs islamistes survivants, et place ses hommes.

Pour quoi faire ? Aider les militaires à rester au pouvoir, bien sûr. Dans cette perspective, le soutien français, qui conditionne l'image internationale du régime est vital. Or les principaux partis politiques algériens, dont même le FLN et le FIS commencent en 1994 des discussions qui vont conduire, en janvier 1995, aux accords de Rome, ouvrant la voie à la paix, avec les islamistes. Pour le pouvoir, c'est une menace de mort. " Tout ce qu'avaient construit les militaires s'écroulait.", constate l'ancien militaire Mohamed Samraoui.

Les journalistes de Canal + n'ont guère de mal à se servir de la chronologie, car elle est elle en effet cohérente. En août 1994, cinq français sont tués à Alger: Zitouni est présenté comme l'un des auteurs de l'attentat. En décembre, alors qu'à Rome on est tout près de l'accord, un Airbus est détourné d'Alger à Marseille dans des conditions que Balladur, lui-même alors Premier ministre, trouve suspectes. Jamais d'ailleurs l'Algérie ne répondra au juge Bruguière sur les circonstances précises de toute cette opération. A l'été 1995 en tout cas, juste après l'élection de Chirac, une vague d'attentats meurtriers déferle sur Paris et au début de 1996, les moines de Tiberine sont assassinés. Autant de messages?

L'équipe de Canal + en est persuadée, mais elle n'est pas la seule. Alain Marsaud, l'ancien chef du service central de lutte antiterroriste, et proche de Pasqua, pense qu'il est très vraisemblable qu'un GIA manipulé par les services algériens a voulu prendre la France en otage. Et d'ailleurs, ajoute-t-il, la DST avait à l'époque fait part au gouvernement de ses doutes sur les commanditaires du détournement de l'Airbus ! Rien que pour cela, le film vaudrait d'être vu et médité. Mais il y a plus encore, mieux si c'est possible.

Debré, qui le nie aujourd'hui, a bel et bien confié à des journalistes ses interrogations sur les vrais responsables des attentats. Et Chirac en novembre 1995, avait adressé au président Zéroual, nouvellement élu, un message très ferme exigeant qu'il n'y ait plus jamais d'attentats téléguidés en France. Y aurait-il eu un deal? Le gouvernement français s'abstiendra constamment, par la suite, de critiquer le pouvoir militaire algérien. Jospin compris.

Ce dernier lance en direct au journal de PPDA, le 29 septembre 1997, ce qu'on peut prendre comme un aveu ou presque. Vous comprendrez, dit-il en substance, que je dois penser aux Français et à leur sécurité. " C'est lourd de dire cela " insiste-t-il. Et Alain Chenal, le délégué aux questions algériennes du PS, d'enfoncer le clou devant la caméra de Canal + : "Jospin a dit ce jour-là qu'il avait des soupçons sur les attentats, et que s'il s'exprimait trop ouvertement; il pourrait y en avoir d'autres. "

Ajoutons pour finir deux mots sur Ali Touchent, le grand ordonnateur, selon l'enquête officielle, des attentats de 1995. Ce lieutenant de Zitouni recrute pour la manutention des bombes des paumés de banlieue, comme Khaled Kelkal, qui sera descendu par la police française. La plupart de ces jeunes - dénoncés? - seront arrêtés, mais pas Touchent.

Au total, un travail convaincant et remarquable. En 2003, la France a décidé de fêter l'année de l'Algérie, et le régime des généraux entend en profiter pour redorer son blason dégoûtant de sang. Ça commence mal.

Les groupes islamistes de l'armée algérienne: le voile se déchire

François Gèze* et Pierre Vidal-Naquet **, Les Inrockuptibles , 30 octobre 2002 au 5 novembre 2002

Il y a bientôt cinq ans, en février 1998, nous avons réagi par un article dans Le Monde ("L'Algérie et les intellectuels français") aux déclarations tonitruantes de ceux qui, après les effroyables et incompréhensibles massacres de l'automne 1991, avaient expliqué que "ce n'est pas l'armée qui tue en Algérie", mais exclusivement les "intégristes islamistes". A l'époque, les informations dont nous disposions, comme tous les observateurs de l'histoire de l'Algérie contemporaine et de la "sale guerre" qui déchire son peuple depuis 1992, nous avaient conduits à dénoncer le caractère simpliste de ce discours : "Assimiler la folie barbare des massacres actuels à l'islam, même si les égorgeurs s'en réclament, est totalement réducteur. Comment ignorer en effet qu'elle trouve aussi ses racines dans une longue histoire de violences et de vengeances que le pouvoir militaire manipule et entretient à son profit ?"

Nous étions en fait loin du compte. Le documentaire de Jean-Baptiste Rivoire et Romain Icard, "Attentats de Paris enquête sur les commanditaires", diffusé le 4 novembre dans le cadre de l'émission "90 minutes" de Canal Plus, confirme au-delà de l'imaginable ce que nous disions alors. Fruit d'une longue enquête, documenté par une vingtaine d'entretiens inédits avec des acteurs très divers, tant algériens que français, ce reportage est explosif: ses auteurs affirment que les "Groupes islamistes armés", au moins depuis 1994, c'est-à-dire deux ans après l'interruption du processus électoral, sont directement dirigés par des hommes des services secrets de l'armée algérienne, le Département de renseignement et de sécurité (DRS, l'ex-Sécurité militaire): Et que ces services sont les véritables commanditaires des pires massacres et exactions, commis prétendument au nom de l'islam contre des civils en Algérie, et des actions terroristes visant la France: assassinat à Alger de cinq Français le 3 août 1994, détournement à Alger d'un Airbus d'Air France le 24 décembre de la même année, attentats à la bombe de Paris en 1995 (huit morts et 229 blessés), assassinat des sept moines trappistes de Tibéhirine en mai 1996 (pour ne citer que les plus importants)

Au cœur de ce reportage, une figure étrange: celle de Djamel Zitouni, "émir" des GIA de 1994 à 1996, présenté à l'époque par la presse algérienne et française comme l'archétype de l'"intégriste" sanguinaire. Les recoupements opérés par les journalistes de Canal Plus font voler en éclat cette version: les témoins qu'ils citent, dont plusieurs transfuges du DRS, expliquent, avec force détails, comment Zitouni, un vendeur de poulets, a été recruté dès 1992 par les services, qui l'ont infiltré ensuite dans les groupes armés.

Et comment les chefs du DRS, les généraux Mohamed Médiène (dit "Tewfik"), Kamel Abderahmane et Smaïl Lamari (dit Smaïn), ont propulsé en octobre 1994 à la tête des GIA, où il a éliminé tous les chefs des groupes armés pour les remplacer par de faux islamistes des services.

Comme le dit un ancien diplomate algérien, à Tripoli, Mohammed Zitout "Avant Zitouni, c'était l'infiltration, après l'arrivée de Zitouni, c'est la mainmise totale des généraux sur les GIA." Et c'est à partir de là, affirment les témoins de Rivoire et Icard, que les généraux lancent ces GIA sous contrôle contre les authentiques maquis islamistes, qu'ils liquideront en quelques mois, et contre les populations civiles soupçonnées de soutenir le FIS (Front Islamiste du salut), massacrées sans pitié.

Ces révélations ne sont pas toutes inédites. Mais leur conjonction dans ce documentaire, présentée avec une grande rigueur, est terrifiante: comme beaucoup d'indices le laissaient déjà supposer dès 1997, les généraux algériens ont porté à incandescence, avec une horrible efficacité, les méthodes inaugurées par l'armée française au cours de la première guerre d'Algérie (manipulations et intoxication, infiltrations et faux maquis...).

Et ils sont allés plus loin encore pour s'assurer la neutralité - la complicité ? - des autorités françaises, ils ont décidé de porter la violence de leurs groupes " islamistes " sur le territoire de l'ancienne métropole, lors des attentats de 1995 dont les responsables présumés étaient jugés à Paris en ce mois d'octobre. C'est sans doute là l'affirmation la plus choquante de ce documentaire; Devant une telle énormité, certains seront sans doute tentés de porter crédit aux accusations qui ne manqueront pas de fleurir, comme à l'habitude, dans la presse algérienne "indépendante" après cette

émission en substance, les témoins algériens cités à charge sont des islamistes, ou s'ils s'en défendent (comme l'ex-colonel Samraoui, très impressionnant), ils sont manipulés ou complices. Qu'il y ait en Algérie des islamistes est une chose, toute la question est de savoir qui se tient aux commandes.

Or, c'est justement là que la démonstration bascule et emporte la conviction. Car même si, par prudence, l'on met en doute ces témoignages - et l'on peut toujours mettre en doute des témoignages -, reste qu'ils sont confirmés sur l'essentiel par des professionnels français, et non des moindres, qu'il serait difficile de taxer de sympathies islamistes. Ainsi l'ancien magistrat Alain Marsaud, ex-chef du Service central de lutte antiterroriste de 1986 à 1989, qui déclare notamment: "Plus on avance dans les réseaux Khelkal et plus on trouve des Algériens des services officiels. " Ou encore Jean Lebesch, ex-officier des Renseignements généraux, qui dit de Ali Touchent, réputé être le bras droit de Djamel Zitouni et l'organisateur des attentats de Paris en 1995 : "Pour moi, c'est un agent. "

La conclusion du reportage est glaçante "En deux ans d'existence, le GIA de Djamel Zitouni aura donc rempli sa mission: forcer la France à se taire sur ce qui se passe en Algérie, assassiner une partie des vrais islamistes et terroriser la population algérienne. À la mort de Zitouni en juillet 1996, les généraux sont plus puissants que jamais. Ils sont toujours au pouvoir aujourd'hui. "

Seuls les authentiques démocrates algériens sont à même de trouver les voies pour mettre fin à cette barbarie absolue. Mais il ne nous paraît pas acceptable que notre gouvernement continue à s'en rendre complice. Puisse ce film salutaire, qui n'est qu'une étape dans la recherche de la vérité, après notamment le procès perdu du général Khaled Nezzar contre l'ex-lieutenant Habib Souaïdia 1, contribuer à la nécessaire prise de conscience de l'opinion. C'est le seul moyen pour amener enfin la France à mobiliser les outils du droit international qui permettront de faire toute la lumière sur ces atrocités et cette folie.

1 Les minutes de ce procès sont en librairie depuis la fin octobre: Habib SOUAÏDIA, Le Procès de " La Sale Guerre ". Algérie: le général-major Khaled Nezzar contre le lieutenant Habib Souaïdia, La Découverte, Paris, 2002.

* Directeur général des Éditions La Découverte.

** Historien, directeur d'études à l'École des hautes études en sciences sociales.

Drohungen gegenüber M. Sidhoum und seiner Familie

Algeria-Watch hat erfahren, dass am Morgen des 15. Dezember 2002 zwei Personen in Zivil mit Funksprechgeräten die Wohnung von Herrn Salah-Eddine Sidhoum aufsuchten, um ihm eine Vorladung für den 16. Dezember 2002, 14 Uhr beim dritten mobilen Einsatzkommando der Kriminalpolizei (BMPJ) in El Madania auszuhändigen.

Die beiden Männer trafen auf die 83-jährige Tante von Herrn Sidhoum, die ihnen mitteilte, dass dieser seit acht Jahren abwesend ist. Sie befahlen ihr, Frau Sidhoum die Vorladung zu überreichen, damit sie bei der BMPJ vorspricht.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass Herr Sidhoum nicht von dem zuständigen Kommissariat seines Viertels El Mouradia (Algier) die Ladung erhielt, sondern vom PCO (Einsatzkommandostelle) von El Madania, das dem Zentrum von Chateauf angegliedert und als Folterzentrum bekannt ist. Wenn Frau Sidhoum sich dorthin begibt, ist zu befürchten, dass sie Opfer von Misshandlungen wird.

Dieser Vorladung gingen Einschüchterungsversuche voraus, die die Familie Sidhoum seit Januar 2002 erfährt, und zwar seitdem Salah-Eddine Sidhoum in Zusammenarbeit mit Algeria-Watch ein großes Dossier zu Menschenrechtsverletzungen des algerischen Staates, insbesondere Listen von Verschwundenen und extralegalen Hinrichtungen, veröffentlichte.

Frau Sidhoum erhält regelmäßig anonyme Anrufe. Vor weniger als einem Monat wurde ihr gesagt: „Wir kommen, und Sie werden sehen, was mit Ihnen geschehen wird.“

Herr Sidhoum ist Chirurg und langjähriger Menschenrechtsaktivist. Bereits 1980 wurde er von der politischen Polizei festgenommen, weil er eine Unterschriftenliste für die Freilassung der während der Demonstrationen in der Kabylei festgenommenen Personen initiiert hatte. Im Oktober 1988, während der Jugendrevolten, informierte er die internationale Presse über die Anwendung von Splittergeschossen und der systematischen Folter von Seiten der Sicherheitskräfte.

Nach dem Staatsstreich von Januar 1992 wurde er im Juni 1992 festgenommen, weil er die Übergriffe der Gendarmen, die das Krankenhaus stürmten, in dem er tätig war, verurteilte. Die Sicherheitskräfte misshandelten Ärzte und Krankenpfleger als Vergeltung für einen Mord an einem ihrer Kollegen. Erst nach einem Hungerstreik von 10 Tagen wurde der willkürlichen Haft von Herrn Sidhoum ein Ende gesetzt.

Salah Eddine Sidhoum hat immer wieder die massiven Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Er gehörte einer Gruppe von Menschenrechtlern an, die Hunderte von Zeugnissen der Folteropfer und Familien von Verschwundenen sammelte. Er hatte in einer Phase, in der nur wenige Informationen über die Verbrechen der Sicherheitsdienste an die Öffentlichkeit gelangten, zahlreichen ausländischen Korrespondenten Opfer vorgestellt, damit diese die internationale Gemeinschaft alarmieren konnten.

Um seinen Aktivitäten ein Ende zu setzen, wurde Herr Sidhoum in einem im September 1994 erschienenen Artikel der Zeitung „El Watan“ in eine vollständig erfundene „terroristische“ Aktion verwickelt. Gleichzeitig ging das Gerücht um, dass die GIA (Bewaffnete Islamische Gruppen) ihn zum Tode verurteilt hatten. Die Botschaft war klar: Herr Sidhoum konnte liquidiert werden, und die bewaffneten Gruppen würden dafür verantwortlich gemacht werden. Am 18. Dezember stürmten drei Personen in seine Wohnung, um ihn zu töten. Da sie ihn nicht antrafen, bedrohten sie mit ihren Waffen seine betagte Tante. Seitdem hält sich Herr Sidhoum versteckt. Im Februar 1997 wurde er in Abwesenheit zu 20 Jahren Haft verurteilt.

Trotz der Drohungen und Gewalttätigkeiten, die Freunde und Verwandte erlitten, und trotz des Lebens im Untergrund, hat Herr Sidhoum seine Tätigkeiten als Menschenrechtler nicht aufgegeben. Dank seines Mutes und seiner Ausdauer, wird die internationale Öffentlichkeit weiterhin über die Dimension der Tragödie, die Algerien bis heute heimsucht, informiert.

Drohungen und Einschüchterungen gegenüber Menschenrechtsverteidigern sind in Algerien an der Tagesordnung. Während des Jahres 2002 wurden mehrere unter ihnen Opfer von willkürlicher Haft und anderen Einschüchterungsversuchen: Mohamed Smaïn, Mitglied der LADDH (Ligue Algérienne de Défense des Droits de l'Homme) in Relizane; Mahmoud Khelili, Rechtsanwalt und Präsident des SNAA (Syndicat National des Avocats Algériens); Khelil Abderrahmane, Mitglied der LADDH

und SOS Disparus; Larbi Tahar, Mitglied der LADDH. Viele Menschenrechtsaktivisten wurden in den vergangenen Jahren gezwungen, das Land zu verlassen, um ihr Leben und das ihrer Familien zu schützen.

Algeria-Watch verurteilt diese repressiven Praktiken gegenüber Menschenrechtsaktivisten, Praktiken, die gegen die elementaren Rechte der freien Meinungsäußerung und der Bewegungsfreiheit verstoßen.

Algeria-Watch appelliert an die algerische Regierung, die Einschüchterungsversuche gegenüber Herrn Sidhoum und seiner Familie zu stoppen und Herrn Sidhoum von jeglicher Verurteilung freizusprechen.

Paris und Berlin, den 16. Dezember 2002

Enlèvements et disparitions Forcées

Ligue Algérienne de Défense des Droits de l'Homme, Section Relizane, 11 décembre 2002

Honneur vous informer de nouveaux enlèvements suivis de disparitions forcées perpétrés courant du mois de novembre 2002, par les services de la sécurité militaire de la wilaya de Mostaganem, sur les personnes suivantes

1°) - BOUDAHRI Mohamed, né le 24 mars 1977 à Mostaganem y demeurant CIA Bt 20 BN 232, fils de Abdelkader et de ZAHAF fatma, universitaire en 4ème année science économique.

2°) - BRIKI Mohamed âgé de 24 ans demeurant Bt BC n° 312 cité de la mer Mostaganem, enseignant, fils de Mohamed et de DAHMANE Zohra.

Pour le premier enlevé le soir du 11 novembre 2002 à 16h 30 avec son frère Mohamed, après un interrogatoire qui a duré plusieurs heures dans les locaux du secteur militaire de Mostaganem Mohamed a été reconduit chez lui dans un état lamentable à 21 heures. Le lendemain matin les services concernés ont déclaré aux parents de Kamel, que leur fils s'est enfuit pour rejoindre les maquis des environs de la wilaya de Relizane, avec deux autres personnes recherchées.

Pour le second BRIKI, les mêmes personnes qui ont procédé à l'enlèvement de BOUDAHRI, sont venues le chercher à 18h au domicile de ses parents. Une demi-heure avant la victime et sortie faire des courses. Ils l'ont attendu deux heures au domicile avec d'autres éléments qui sont restés à l'extérieur et qui probablement ont procédé à son enlèvement. L'intéressé n'a pas donné signe de vie depuis ce soir là ;

Nous vous demandons de bien vouloir intervenir, en vue d'avoir plus d'information concernant les enlèvements des victimes.

TORTURE

Mahmoud Khelili, Alger le 31 décembre 2002

Monsieur **FODILA Mohamed**, soutien de famille de 13 personnes Clown et Peintre du Hai (Cité) LAKHDARIA (Ste Corinne), D3, Bourouba, Alger. A été enlevé près de son domicile par des policiers en civil de services indéterminés mettant sa vieille mère dans le désarroi total et une vive inquiétude. Grâce à une fuite au sein des services de sécurité, elle a pu savoir qu'il a été séquestré dans des locaux de sûreté et sauvagement torturé au point de subir un déboîtement d'une épaule, ayant nécessité la pose d'un plâtre américain, et de lui paraître le jour de sa présentation au parquet, complètement défiguré et méconnaissable, ce qui nécessita son hospitalisation à l'hôpital militaire de Ain-Nadjaa pour y être « retapé » avant d'être présenté au procureur de la République d'H-Dey après 12 jours de détention arbitraire dans les cellules des services ravisseurs.

21 novembre 2002

Un journaliste violemment agressé décède après une tentative de suicide

Abdelhaï Beliardouh, correspondant d'El Watan à Tébessa, est décédé dans la nuit du 19 au 20 novembre, à l'hôpital Mustapha, à Alger. Il avait, un mois plus tôt, tenté de se suicider suite à une agression dont il avait été victime et aux pressions dont il avait été l'objet de la part d'un notable de Tébessa au mois de juillet.

Reporters sans frontières ne peut qu'être effarée de l'issue de cette affaire. Voilà où peut en arriver un journaliste qui a subi trop de pressions. Nous présentons toutes nos condoléances à la famille du journaliste ainsi qu'à ses confrères d'El Watan. Nous espérons que l'auteur de l'agression sur Abdelhaï Beliardouh sera rapidement jugé pour ses agissements inadmissibles. En juillet, l'organisation avait qualifié cet acte de " grave dérapage, symptomatique d'un Etat de non-droit ". Reporters sans frontières, dont un représentant s'est rendu en Algérie fin octobre, rendra public, le 25 novembre prochain, un rapport intitulé " Algérie : la liberté de la presse victime de l'Etat de non-droit".

Le 19 octobre, Abdelhaï Beliardouh, dans un état de grande tension, avait avalé, à Tébessa, de l'acide pur. Il avait été rapidement hospitalisé à l'hôpital Mustapha, à Alger. L'acide avait provoqué de graves lésions internes, notamment à l'œsophage et à l'estomac.

Le 20 juillet 2002, Saâd Garboussi, président de la Chambre de commerce et d'industrie des Nememchas (wilayas de Tébessa et de Souk Ahras), s'était présenté, avec trois fonctionnaires de la Chambre de commerce, dont un armé, au domicile d'Abdelhaï Beliardouh, correspondant d'El Watan à Tébessa. Le journaliste avait été roué de coups devant sa famille avant d'être traîné, par le col de sa chemise, dans les rues de la ville et ce, jusqu'à la place publique du 1er Novembre. Il avait alors été de nouveau violemment et insulté publiquement. Selon le communiqué d'El Watan du 21 juillet, ni la police ni la gendarmerie n'étaient intervenues pour porter secours au journaliste. Il avait ensuite été conduit, en voiture, dans la cave de la villa de Saâd Garboussi où il a été interrogé sur la source d'une information, parue le jour même, dans le quotidien francophone.

Cette agression faisait suite à la parution, dans l'édition du 20 juillet d'El Watan, d'un article intitulé "Arrestation du président de la Chambre". Abdelhaï Beliardouh écrivait notamment que Saâd Garboussi "aurait été cité par un repentir comme étant un pourvoyeur de fonds pour le terrorisme" et "aurait participé au blanchiment des fonds du GIA, fruits du crime et du racket qui ont endeuilé les régions de Médéa et de Jijel". Peu avant cette agression, Saâd Garboussi avait appelé Fayçal Métaoui, rédacteur en chef par intérim du quotidien, pour lui demander d'inclure, dans l'édition du lendemain, sa mise au point. Quand Fayçal Métaoui lui avait expliqué que cela ne serait pas possible avant l'édition du lundi, le président de la Chambre de commerce et d'industrie avait lancé : "Vous allez voir, je vais lui en faire voir de toutes les couleurs."

Le 21 juillet, la rédaction d'El Watan avait déposé plainte auprès du procureur de la République de Tébessa pour "séquestration et intimidation". Par ailleurs, elle avait saisi les autorités locales sur la nécessité de veiller à la sécurité de Abdelhaï Beliardouh, sommé par ses agresseurs de ne pas récidiver au risque de perdre sa vie, et celle de ses proches.

Le 22 juillet, dans une interview accordée au quotidien Le Matin, Abdelhaï Beliardouh avait déclaré que l'agression qu'il avait subie était "du banditisme, pis, du terrorisme". De son côté, le président de la Chambre de commerce avait, dans un communiqué adressé à la rédaction d'El Watan, démenti l'agression. Il avait ajouté avoir déposé une "plainte contre les parties".

Virginie Locussol (norddelafrique@rsf.org / northernafrica@rsf.org / iran@rsf.org)

Bureau Nord de l'Afrique - Iran / Northern Africa - Iran desk

Reporters sans frontières / Reporters Without Borders, 5, rue Geoffroy-Marie 75009 Paris – France – tél. (33) 1 44 83 84 84 - Fax. (33) 1 45 23 11 51

Cas d'appel sur la torture Brahim Ladada et Abdelkrim Khider

Amnesty International, Londres, 14 novembre 2002, Index AI : MDE 28/020/02

" Aveux " extorqués sous la torture

Au début de cette année, Brahim Ladada et Abdelkrim Khider , deux commerçants âgés d'une trentaine d'années résidant à Delles, ville côtière située à l'est d'Alger, ont été cruellement torturés en détention par les forces de sécurité algériennes. Ils auraient en outre été contraints de faire sous la dictée de leurs tortionnaires des déclarations par lesquelles ils reconnaissaient entretenir des liens avec, d'une part, un groupe armé et, d'autre part, un avocat algérien défenseur des droits humains vivant en exil en Suisse. Amnesty International croit savoir que Brahim Ladada et Abdelkrim Khider ont été arrêtés et torturés pour avoir signalé à cet avocat des cas de violations des droits humains perpétrées par les forces de sécurité.

Arrestation et détention

Brahim Ladada et son voisin et ami Abdelkrim Khider ont été arrêtés à leur domicile dans l'après-midi du 23 mars 2002. Selon leurs familles, les deux hommes ont été appréhendés à une heure d'intervalle par des agents de la sécurité en civil accompagnés de policiers du commissariat de Delles en uniforme. Personne ne leur a présenté de mandat d'arrêt ni expliqué la raison pour laquelle ils étaient arrêtés ainsi que l'exige la législation algérienne. Après leur arrestation, leurs domiciles respectifs ont été fouillés.

La loi algérienne dispose que dès que les autorités décident de maintenir une personne en détention, elles doivent mettre à sa disposition tous les moyens lui permettant de communiquer immédiatement avec les membres de sa famille et de recevoir leur visite. Ni Brahim Ladada ni Abdelkrim Khider n'ont été autorisés à le faire.

Ignorant où ces derniers avaient été emmenés, leurs familles ont contacté les autorités de la police locale qui leur ont indiqué que les deux hommes avaient été transférés dans une base de la sécurité militaire située à Ben Aknoun, non loin d'Alger, à environ 200 kilomètres à l'ouest de Delles. Toutefois, la police n'a pas été en mesure d'indiquer ou n'a pas voulu indiquer aux familles les motifs de l'arrestation des deux hommes, qui n'ont pas pu recevoir la visite de leurs proches à la base de la sécurité militaire en question.

Actes de torture

Brahim Ladada et Abdelkrim Khider ont été détenus à la base de Ben Aknoun une douzaine de jours, c'est-à-dire la période maximum pendant laquelle, aux termes de la législation algérienne, des personnes peuvent être maintenues en détention sans inculpation avant d'être présentées devant un juge. Les deux hommes n'avaient pas le droit de recevoir la visite de leur famille, d'un avocat ou d'un médecin, et ils auraient été torturés à maintes reprises. Ils auraient été entièrement déshabillés et seraient restés nus pendant toute la durée de leur séjour à la base. Ils ont déclaré avoir été battus, à plusieurs reprises, à coups de matraque et de tuyau en plastique et avoir subi le supplice du " chiffon ", méthode de torture qui consiste à enfoncer un morceau de tissu dans la bouche de la victime, puis à verser à travers ce tissu de l'eau sale mélangée à un produit détersif et autres impuretés pour faire gonfler l'estomac du supplicé.

La sécurité militaire

Le service de la sécurité militaire est connu plus officiellement sous le nom de Département du renseignement et de la sécurité. Des membres de ce service ont été accusés à maintes reprises d'avoir commis dans le contexte du conflit politique actuel de graves violations des droits humains telles que des actes de torture, des exécutions extrajudiciaires et des " disparitions ". Toutefois, les autorités se sont abstenues d'enquêter sur ce type d'allégations. Amnesty International a reçu des informations selon lesquelles des dizaines de personnes, parmi les 4000 Algériens qui ont " disparu " depuis 1993, étaient maintenues en détention secrète à la base de la sécurité militaire de Ben Aknoun. On croit savoir qu'un grand nombre de ces personnes ont été torturées dans cette base.

Transfert en prison

Après leur séjour éprouvant à la base de Ben Aknoun, Brahim Ladada et Abdelkrim Khider auraient été présentés devant un juge d'instruction, puis inculpés pour appartenance à un " groupe terroriste armé " et pour apologie des actions de ce groupe. Ils ont ensuite été transférés à la prison de Serkadji à Alger. Leurs proches n'ont pas été informés de ce transfert. Ils ne l'ont appris que cinq jours plus tard environ, lorsque d'une manière fortuite les parents d'un autre détenu leur ont dit que les deux hommes avaient été vus à la prison.

Un avocat défenseur des droits humains impliqué

Rachid Mesli, l'avocat algérien et défenseur des droits humains se trouvant en Suisse et avec lequel les deux hommes avaient été en contact, a été accusé en son absence d'appartenir à un " groupe terroriste armé " opérant à l'étranger. Un mandat d'arrêt international a été décerné à son encontre, ce dont la presse, algérienne et internationale, s'est largement fait l'écho.

Durant les années les plus difficiles du conflit, Rachid Mesli a exercé son métier d'avocat avec beaucoup de courage en Algérie même, malgré les tracasseries et les mesures d'intimidation répétées dont il a fait l'objet de la part des autorités pour avoir défendu des victimes de violations des droits humains. Accusé de complicité avec un groupe armé et condamné au terme d'un procès manifestement inéquitable, il a passé trois années en prison. Amnesty International l'a adopté comme prisonnier d'opinion. En 2000, craignant pour sa sécurité et celle de sa femme et de ses jeunes enfants, il a cherché refuge en Suisse où il continue de faire campagne pour la protection des droits humains en Algérie.

La torture en Algérie

Même si le nombre de cas de torture signalés en Algérie a sensiblement diminué il y a trois ans, parallèlement à la réduction du nombre des arrestations pour motifs politiques, Amnesty International a reçu depuis lors des témoignages émanant de plusieurs dizaines de personnes qui ont été victimes de torture ou de mauvais traitements en garde à vue. Nombre de ces personnes ont été arrêtées parce qu'elles étaient soupçonnées d'entretenir des liens avec des groupes armés ou d'avoir pris part à des mouvements de protestation antigouvernementaux. Selon des avocats défenseurs des droits humains se trouvant en Algérie, les cas signalés de torture risquent de ne constituer que la partie visible de l'iceberg pour la simple raison que de nombreuses victimes ne dénoncent jamais ce qu'elles ont subi par crainte d'aggraver leur situation ou d'exposer les membres de leur famille à des représailles de la part des autorités. C'est lorsqu'ils sont en détention secrète que les gens risquent le plus de " disparaître " ou d'être victimes de torture ou d'autres formes de mauvais traitements.

CE QUE VOUS POUVEZ FAIRE

Écrivez le plus vite possible aux destinataires mentionnés ci-après (en arabe, en français, en anglais ou dans votre propre langue) :

- dites-vous préoccupé par les informations selon lesquelles Brahim Ladada et Abdelkrim Khider ont été torturés en détention, et exhortez les autorités à garantir qu'ils ne seront pas de nouveau soumis à des violences ;
- demandez instamment qu'une enquête indépendante soit ouverte dans les plus brefs sur toute allégation de torture ou de mauvais traitement, et que les deux hommes reçoivent tous les soins médicaux requis par leur état de santé ;
- cherchez à obtenir des autorités l'assurance que ces deux hommes seront jugés dans le respect des normes internationales d'équité, en rappelant que depuis 1992 des milliers d'Algériens ont été condamnés au terme de procès inéquitables après avoir été déclarés coupables, dans des termes généraux et vagues, d'entretenir des liens avec le " terrorisme ".

APPELS À :

Ministre de la Justice :
M. Mohammed Charfi
Ministre de la Justice
Ministère de la Justice
8 place Bir Hakem, El Biar
Alger, Algérie
Fax : +213 21 921243 / 921701

En Algérie, aucun survivant parmi les disparus de la "sale guerre"

Alger Florence Beaugé, Le Monde, 8 janvier 2003

Dans les années 1990, au moins 7 000 personnes ont été enlevées en Algérie. En janvier 2002, le président Abdelaziz Bouteflika nommait Farouk Ksentini à la tête d'une commission nationale chargée de régler le dossier avant fin 2002. Aujourd'hui les familles des victimes ne savent toujours pas si les leurs sont morts ou vivants. M. Ksentini prône une amnistie générale qui "profiterait à un certain nombre de criminels" mais permettrait à l'Algérie "de tourner la page et d'aller de l'avant". Le pouvoir algérien propose des indemnisations aux familles, mais élude la question cruciale de la vérité et de la justice. A Relizane, un enlèvement a encore eu lieu en novembre. Dans cette ville meurtrie, un militant des droits de l'homme, Mohammed Smaïn, est poursuivi par la justice pour avoir dénoncé les agissements de la sécurité militaire.

Qui n'a pas croisé leur regard ne peut mesurer leur souffrance. Les mères de disparus ont le visage pétrifié par la douleur. Leur vie s'est arrêtée il y a six, huit, dix ans. Depuis, elles "font semblant" de vivre. "Nous nous sommes vidées de nos larmes", disent-elles, sans réaliser qu'elles pleurent en prononçant ces mots...

Si les unes restent déterminées à poursuivre le combat coûte que coûte, beaucoup y ont renoncé, par épuisement, par fatalisme aussi. Toutes savent qu'elles ont peu de chances de sortir victorieuses de leur lutte contre l'Etat algérien, qu'elles accusent - le plus souvent preuves à l'appui - de la disparition de leurs enfants pendant la décennie 1990. Au moins 7 000 personnes ont été enlevées au cours de cette période. Aucune de ces mères ni de ces épouses, aucun de ces pères ni de ces frères n'a pourtant fait son deuil. Comment le pourraient-ils, sans dépouille ni sépulture ? Les autorités algériennes s'étaient engagées à régler le dossier avant la fin 2002, or les familles ne savent toujours pas s'il y a des survivants.

Parler des disparus n'est toutefois plus un tabou en Algérie, et les familles ne sont plus accusées d'être des islamistes du FIS (Front islamique de salut), "*complices des terroristes*", comme elles l'étaient il y a quelques années. Depuis trois ans, un certain nombre de pas ont été franchis. Il est à présent question que l'Etat verse des indemnisations à ces familles - nombre d'entre elles vivent dans la plus grande misère -, mais leurs deux revendications de fond, "*vérité et justice*", semblent loin d'obtenir satisfaction.

L'espoir suscité, il y a un an, par la nomination de Farouk Ksentini à la tête de la Commission nationale consultative de promotion et de protection des droits de l'homme (CNCPPDH), par le président Bouteflika, s'est transformé en dépit. Si les familles reconnaissent à cet avocat de Blida "*honnêteté, sincérité et intégrité*", si elles admettent que "*son discours est étonnamment humain*", elles lui reprochent de vouloir "*liquider le dossier*" plutôt que de faire la lumière sur les disparitions. On l'accuse de botter en touche sur le thème de l'Etat "*responsable mais pas coupable*".

Le 31 octobre 2002, Farouk Ksentini a remis à M. Bouteflika un rapport d'étape, fruit de ses "*réflexions et propositions*". Le 31 mars, il rendra son rapport définitif. En attendant, les familles les plus combatives, regroupées en associations - SOS disparus, l'Association nationale des familles de disparus (ANFD), notamment -, et les deux ligues algériennes des droits de l'homme (la Laddh d'Abdennour Ali-Yahia et la LADH de Boudjema Ghechir), ainsi que certaines grandes figures, telles que l'avocat Mahmoud Khelili, s'épuisent à tenter d'en savoir plus. Une question les taraude tous : y a-t-il des survivants parmi les disparus ?

3 030 CORPS ENTERRÉS SOUS X

"Je vous réponds de manière très claire : il n'y a plus un seul détenu au secret, où que ce soit, dans un local sous contrôle de l'Etat, ni à Blida, ni ailleurs, ni dans le Sud -allusion aux camps de détention ouverts au Sahara à partir de 1992-. Je suis formel." Cette mise au point, émanant d'une source autorisée de l'armée, revient à dire, sans équivoque, qu'il n'y a plus un survivant. Mais qui aura le courage de le confirmer officiellement aux familles, pour lesquelles le doute est à la fois une agonie et un ultime espoir ? Et comment imposer aux mères d'y croire, sans leur remettre les corps des leurs ?

Au plus fort de la guerre civile, les victimes de tous bords ont été jetées dans des fosses communes ou des charniers. 3 030 corps ont été enterrés sous X, selon cette source autorisée de l'armée. Aura-t-on la volonté d'exhumer ces dépouilles et de procéder à leur identification ? Fait nouveau : la gendarmerie, chargée depuis 1995 de coordonner ce dossier, admet aujourd'hui (officieusement) avoir recensé 7 046 dépôts de plainte pour disparitions forcées au cours de la décennie 1990. Elle affirme avoir enquêté sur tous ces cas, et précise que pour 4 740 d'entre eux les recherches ont été *"infructueuses"*. Pour tous les autres, elle détient une explication. Selon elle, la responsabilité des forces de sécurité n'a jamais été retenue.

Ce sont ces réponses, peu convaincantes, qui sont transmises aux familles des disparus, via la Commission des droits de l'homme, dans un style bureaucratique. *"Nous donnons les informations que nous livrent les différents corps de sécurité. La Commission n'a pas de pouvoir d'enquête ni de convocation"*, fait valoir Farouk Ksentini, sans cacher son impuissance.

Y a-t-il un autre fichier que celui de la gendarmerie ? Si oui, qui le détient ? *"La sécurité militaire"*, répond l'avocat Abdennour Ali-Yahia. Quant aux centaines d'informations judiciaires en cours, rares sont ceux qui en attendent quelque chose, la justice étant soumise au pouvoir exécutif, en Algérie, de l'aveu même de nombreux magistrats.

"Le problème des disparus dépasse Farouk Ksentini, et même le président de la République. Personne ne pourra apporter de réponse à ce dossier tant qu'il n'y aura pas eu un changement radical dans le pays, tant que ceux qui sont responsables de la majorité de ces disparitions détiendront toujours le pouvoir", souligne l'avocat Mostefa Bouchachi, faisant allusion à la hiérarchie militaire.

A ceux qui soulignent que ce dossier est *"explosif et insoluble"* et que *"l'intérêt général commande de tourner la page"*, Hocine Zehouane, vice-président de la Laddh, répond qu'il n'y a *"pas d'autre issue libératoire"* que d'établir la vérité. Pour lui, *"l'Algérie devra, tôt ou tard, faire sa catharsis"*. La grandeur de l'Etat résiderait *"dans sa capacité à se pencher sur ses propres dérives"*, quitte à prononcer ensuite une amnistie générale.

US arms Algeria for fight against Islamic terror

Giles Tremlett Tuesday December 10, 2002 The Guardian

The US has agreed to sell arms to Algeria to help it put down the Islamic rebellion which has cost more than 100,000 lives in the past 10 years. In its wish to win the support of Muslim states for its war on terrorism, Washington appears to have replaced its previous reluctance to arm Algiers, because of its bad human rights record, with admiration.

Announcing the agreement as he ended a visit to Algiers yesterday, William Burns, assistant secretary of state for Near East affairs, said: "Washington has much to learn from Algeria on ways to fight terrorism." He said: "We are putting the finishing touches to an agreement to sell Algeria military equipment to fight terrorism." He did not identify the type of weapons it was willing to sell, but added that the White House was drafting a proposal to Congress to increase military aid to Algeria. "These steps aim at intensifying the security cooperation between the two countries."

Algerian radical Islamists took up arms against the military establishment when the 1992 general election, which the Islamic Salvation Front was expected to win by a landslide, was abandoned and the generals took control.

More than 100,000 people have been killed since then, according to the government. Independent sources put the number at more than 150,000. The army has been accused of carrying out some of the village massacres - the main characteristic of the conflict - which it has blamed on the Islamists. An exiled former paratroop officer, Habib Souaidia, is among those who say he has witnessed them.

He said he had been ordered to "exterminate anyone who supports the Islamists, not just terrorists". "The army was also killing indiscriminately to smear the Islamist terrorists." The generals say they simply began the fight against violent Islamist fundamentalism years before the US and other countries took it up.

The September 11 attacks by al-Qaida, they say, were proof that they were right all along. Algeria has become a key partner in the fight against al-Qaida, because its insurgents are close allies of Osama bin Laden and have provided footsoldiers in Afghanistan and for planned terror attacks in the US and Europe.

More than a dozen members of the most active of these groups, the Salafist Group for Preaching and Combat, have been arrested in Europe since September 11. The Algerian army appears to have been winning its battle against the Salafists and their fundamentalist allies in the Armed Islamic Groups (GIA) in the past couple of years. But the generals have long complained that the lack of such modern armaments as attack helicopters and infra-red night vision equipment has hampered them.

Last year the government was also confronted by members of the Berber minority, and 80 people were killed by the police and army during riots. In recent months the European Union has ignored protests by Amnesty International and other human rights groups in its efforts to improve relations with Algeria. Its external affairs commissioner, Chris Patten, and its foreign policy chief, Javier Solana, both visited Algiers earlier this year.

An EU-Algeria association agreement was signed in April.

Bouteflika will die Kommunalwahl zum Ausweis des Fortschritts machen

Algeriens Staatschef hat Erfolge wie die zurückgehende Gewalt zu verzeichnen, aber mit den Berbern gibt es neue Konflikte

Von Axel Veiel (Madrid), Frankfurter Rundschau, 9. Oktober 2002

Mit friedlichen Kommunalwahlen würde sich Algeriens Präsident Bouteflika an diesem Donnerstag gern für eine weitere Amtszeit empfehlen. Doch in der Berberregion Kabylei droht neues Blutvergießen.

Fünf Präsidenten hat Algerien in einem Jahrzehnt verschlissen. Einer von ihnen, Mohammed Boudiaf, wurde ermordet. Wie seinen Vorgängern ist es auch dem derzeit amtierenden Abdelaziz Bouteflika nicht gelungen, die grundlegenden Probleme zu lösen. Der Staatschef steht für das Versagen einer Politik, die der Jugend kein Auskommen, keine Perspektive bieten kann. Der Volkszorn schwelt weiter.

Aber bei allem Stillstand, ja Rückschritt: Bouteflika hat auch Erfolge vorzuweisen. Der Mann, der zu Zeiten der Einparteienherrschaft dem Präsidenten Houari Boumediene 16 Jahre als Außenminister diente, hat das Land aus der internationalen Isolation geführt. Auch wenn der Frieden, den Bouteflika 1999 bei der Amtseinführung versprach, noch fern scheint - die terroristische Gewalt ist gemindert. Als Ausweis des Fortschritts sieht er die Kommunalwahlen am heutigen Donnerstag. Mit einer fairen, freien und friedlichen Abstimmung würde sich Bouteflika gern für eine weitere Amtszeit empfehlen.

Ob das Kalkül aufgeht, entscheidet sich nicht zuletzt in der vorwiegend von Berbern bewohnten Kabylei. In der bergigen Region im Osten Algiers, wo die Bevölkerung seit Jahrzehnten gegen den Zentralstaat aufbegehrt, droht neues Blutvergießen. Dabei hat Bouteflika auch dort Erfolge vorzuweisen. Der Staatschef hat den Berbern Zugeständnisse gemacht, die Front seiner Gegner zeigt Risse. Ende Mai noch war eine landesweite Wahl in der Kabylei auf geschlossene Ablehnung gestoßen. Die beiden in der Region verwurzelten, weltlich-demokratisch ausgerichteten Parteien wie auch die Gemeinschaft der Familien, Sippen und Dörfer boykottierten die Abstimmung über die Zusammensetzung des neuen Parlaments. Diesmal sieht es anders aus. Präsident Bouteflika hat dem Tamazight, der Sprache der Berber, Verfassungsrang zuerkannt. Die Gendarmerie, die 2001 bei blutigen Ausschreitungen brutal gegen die Aufständischen vorgegangen war, wurde teils umgruppiert, teils abgezogen.

Eine der beiden den Berbern verbundenen Parteien hat umgedacht. Die Front der Sozialistischen Kräfte (FFS) nimmt an den Wahlen von 1541 Gemeinde- und 48 Provinzversammlungen teil.

Doch neue Fronten sind entstanden. Die zum Kompromiss mit der Staatsmacht nicht bereite Gemeinschaft der Familien, Sippen und Dörfer der Kabylei fordert gemeinsam mit der "Sammlungsbewegung für Kultur und Demokratie" (RCD) den Boykott auch dieser Wahlen. Beide bezichtigen die abtrünnige FFS des Verrats. Mindestens 14 Büros der von dem Befreiungskriegsveteranen Hocine Ait Ahmed geführten FFS sind in Flammen aufgegangen. Während die Boykotteure den totalen Abzug der Gendarmerie verlangen, das Bestrafen der Mörder in Uniform und eine wirkliche Demokratie, appelliert Parteichef Ait Ahmed an Algier, ein Blutbad zu verhindern. Die Polizeieinheiten der Kabylei wurden um 20 000 Mann verstärkt, damit der Konflikt, der nicht zuletzt auch ein Kampf um Macht und Einfluss in der Region ist, nicht außer Kontrolle gerät.

Regierungspartei gewinnt auch Kommunalwahl

axv Madrid, 11. Oktober 2002

Die Nationale Befreiungsfront FLN, die bei den algerischen Parlamentswahlen Ende Mai die absolute Mehrheit errungen hatte, ist nun auch in den Gemeinde- und Provinzversammlungen die bestimmende Kraft. Die zur Reformpartei gewendete frühere Einheitspartei von Premierminister Ali Benflis setzte sich in 668 von 1541 algerischen Gemeinden durch, teilte der Innenminister des Landes, Yazid Zerhouni, am Freitag Nachmittag mit.

Während Benflis und seiner Kampagne für eine moralisch integre Politik Erfolg beschieden war und der Regierungschef am Freitag bereits als einer der Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im April 2004 gehandelt wurde, erhielten die vor gut einem Jahrzehnt noch dominierenden Islamisten eine deutliche Abfuhr. Die religiös ausgerichtete Bewegung für eine Gesellschaft des Friedens konnte sich nur in 19 Gemeinden durchsetzen. Die in der Region verwurzelte Front der Sozialistischen Kräfte FFS konnte sich in 65 Gemeinden durchsetzen. Zu den Gewinnern der Wahl zählt im weiteren Sinne auch Präsident Abdelaziz Bouteflika, der sich mit einer weitgehend friedlich verlaufenen Kommunalwahl für eine weitere Amtszeit empfohlen haben dürfte.

Droits de l'homme en Algérie

Freedom House critique le satisfecit américain

Mohamed Mehdi, *Le Quotidien d'Oran*, 28 décembre 2002

« Le gouvernement des Etats-Unis doit réviser ses récentes déclarations dans lesquelles il a fait l'éloge de la lutte algérienne contre le terrorisme et doit clarifier à l'Algérie que ses violations généralisées des droits de l'homme sont inexcusables », indique Freedom House dans une lettre adressée à William J. Burns, sous-secrétaire d'Etat aux Affaires étrangères chargé du Moyen-Orient et de l'Afrique du Nord. La réaction de l'ONG américaine fait suite aux déclarations de William Burns à Alger où il considérait que « les Etats-Unis ont beaucoup à apprendre de la lutte antiterroriste menée par l'Algérie ».

Par la voix de son directeur exécutif, Mme Jennifer Windsor, Freedom House considère que « de tels propos tolèrent la brutalité de la guerre menée par (les autorités) algériennes contre les islamistes et ses conséquences en matière de victimes civiles et de disparitions forcées ». Elle souligne également que le gouvernement algérien n'a, jusqu'à présent, fourni « aucune information à propos des disparitions forcées ni présenté leurs auteurs devant la justice ». Mme Windsor considère que ces déclarations du département d'Etat US donnent « main libre à l'Algérie » de poursuivre ces « dangereux dérapages » dans la lutte antiterroriste et constituent un « message accablant » pour les familles des disparus.

La lettre adressée à William Burns demande au gouvernement des Etats-Unis d'inscrire à l'ordre de ses priorités, l'exercice de pressions sur le gouvernement algérien « pour le respect des droits de l'homme » et pour « mettre fin à la culture de l'impunité comme l'exige le combat contre les groupes extrémistes ». L'ONG mène actuellement un programme d'assistance aux associations de défense des droits de l'homme qui s'occupent du dossier des disparitions forcées attribuées aussi bien aux groupes armés qu'aux forces de sécurité.

POUR UN BOYCOTT DE " L'ANNEE DE L'ALGERIE "

Khaled Satour, Algeria-Watch, Novembre 2002

La France se prépare à faire de 2003 " l'année de l'Algérie ". Mais de quelle Algérie ? Personne ne peut faire mine de croire qu'il s'agit de l'Algérie terre et peuple, histoire et civilisation, en un mot de l'Algérie vivante d'hier et de demain, d'une Algérie apaisée de ses déchirements actuels.

Où trouverait-on aujourd'hui cette Algérie éternelle dans un pays qui se meurt sans cesse d'interminables souffrances ? Et quel cœur aurait-on à célébrer sa dépouille dans des festivités organisées conjointement avec ses prédateurs ?

Comme, de part et d'autre, la diplomatie supervise " l'année ", les préséances régleront tout, et on fera dire au protocole, c'est à dire à la fiction, que c'est l'Algérie qui mandate son Etat (ministres, grands commis, ambassade et consulats y compris) pour la représenter. Mais personne ne peut non plus décevantement faire mine de croire que l'Algérie s'incarne dans le régime. Rarement, nation ou peuple se sont aussi peu identifiés symboliquement ou positivement à un Etat que la nation et le peuple algériens à l'Etat actuel.

S'il est vrai que cet Etat est l'entrepreneur politique, économique et social dominant, c'est parce que, par la force et la manœuvre, il garde captives de ses rouages toutes les expressions, qu'il privatise à son profit les espaces politique et social, les confinant dans les cercles des oligarchies politico-militaires, et retardant sans fin la fondation de la citoyenneté. Au cours de la dernière décennie, il a " modernisé ", dans un contexte de répression extrême et de violations massives des droits de l'homme, le monopole qu'il exerçait auparavant par l'entremise du parti unique. Retenant et désamorçant toutes les contestations dans ses rouages, il a su, à l'image de " l'Etat retors " décrit jadis par Maurice Joly, " créer lui-même son opposition, l'enfermer dans des formes convenables et y attirer les mécontents ". L'Algérie peut de ce fait donner l'illusion d'un pluralisme suralimenté de suffrage universel et d'une liberté de la presse assez habilement contrefaite pour qu'un expert tel que M. Hervé Bourges, président de l'année, puisse feindre (avec si peu de vraisemblance !) de s'y tromper.

Cet appareil a étouffé en Algérie même toute voix qui ne procédait pas de lui (ou de ses démembrements médiatiques et sécuritaires), détourné à son profit tout mouvement qui le contestait, allumé les foyers encore incandescents du terrorisme et du massacre de masse, plus récemment ruiné dans le sang et le chaos les acquis de vingt années de revendications démocratiques en Kabylie. A ce prix-là, sans doute, il a su demeurer l'incontournable meneur du jeu politique, capable de réduire toute initiative, toute protestation, d'où qu'elles viennent, à l'étroite dimension de ses luttes internes.

Mais ceux qui, pendant une décennie, dans un combat inégal, ont dénoncé la terreur et la désinformation et ont pu, sinon pleinement convaincre de l'ampleur des exactions qu'il a commises, du moins rassembler et faire connaître les pièces du dossier qui l'accable, ceux-là doivent s'opposer à ce qu'il s'achète une année de jubilé en France.

Car le régime, qui a dilapidé le patrimoine minier, financier, agricole et industriel du pays, entend aujourd'hui s'approprier le patrimoine culturel et historique, la mémoire résistante de l'Algérie (et les aliéner, en l'occurrence, dans le cadre d'une réhabilitation concomitante de l'entreprise coloniale). Il compte mettre à profit à cette fin un long show d'une année au cours duquel les institutions les plus prestigieuses de la société civile et de l'Etat français accueilleront en lui le promoteur suprême des arts et des lettres. Ainsi, ceux-là mêmes qui blanchissent, en partie dans les circuits financiers et économiques français, leur argent sale de la rapine et de la corruption blanchiront-ils sous les lambris de la Comédie Française et du Musée de l'Homme leurs mains sales de la répression.

En vérité, 2003 ne sera qu'une année de plus pour l'Algérie, où l'oppression, l'arbitraire et le meurtre ne nous accorderont pas de répit. Aussi bien, la grande manifestation qu'on lui dédiera en France n'est-elle pas vouée à laisser un souvenir plus glorieux que la grande exposition coloniale de 1930.

Il faut donc appeler au boycott de " l'année de l'Algérie ". Un boycott aussi présent et agissant que possible sur les lieux des festivités. Pour rappeler aux réalités vécues dans le pays : l'impossible deuil des victimes de la violence, des torturés, des familles de disparus. Pour proclamer qu'on ne peut célébrer dignement l'Algérie, rendre l'hommage qu'ils méritent à ses grandes figures, ses héros et ses créateurs et nier à la justice le droit de s'établir dans leur patrie.

Das alltägliche Massaker

Algerien wird von Terror und Repression verwüstet. Europa darf nicht länger wegsehen

Von Ali Al-Nasani, *Die Zeit*, 40/2002 (Ende September 2002)

Am 5. Juli fanden in Algerien die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Unabhängigkeit statt. Doch gab es da wirklich etwas zu feiern? Im vergangenen Februar hatte bereits ein anderes, ein makaberer Jubiläum stattgefunden. Zum zehnten Mal jährte sich die Verhängung des Ausnahmezustandes durch das herrschende Militärregime. Die Bilanz dieser Periode ist so düster wie die Zukunftsperspektive des Landes. Dem seit zehn Jahren schwelenden Bürgerkrieg zwischen der laizistischen Regierung und den Kräften des militanten Islamismus sind allein in der ersten Hälfte des Jahres 2002 über 700 Menschen zum Opfer gefallen. Insgesamt verloren seit 1992 mehr als hunderttausend Menschen ihr Leben, unter ihnen bedeutende Intellektuelle und Künstler wie der Schriftsteller Tahar Djaout und der Sänger Lounes Matoub. Nach Informationen von amnesty international "verschwanden" mehr als 4000 Personen, die meisten nach Festnahmen durch die Sicherheitskräfte.

Mörderische Gewalt zieht sich wie ein roter Faden durch die jüngere Geschichte Algeriens. Ein fatales Symbol ihrer Kontinuität ist die Villa Copawi in Lakhadaria, 70 Kilometer östlich der Hauptstadt Algier. Sie diente den Franzosen zu Kolonialzeiten als Folter- und Hinrichtungszentrum. Das algerische Militär nutzt sie heute zu demselben Zweck. Algerien erlebt die gespenstische Wiederkehr seiner unbewältigten Vergangenheit.

Die Folgen des Kolonialkriegs, der 1962 mit dem Rückzug Frankreichs und der Unabhängigkeitserklärung endete, sind noch immer nicht überwunden. Eine vollständige Aufarbeitung der Kriegsgräueltat hat nie stattgefunden - nicht zuletzt, weil sich Frankreich bis heute weigert, seine damals begangenen Verbrechen einzugestehen. Aber auch die von der Nationalen Befreiungsfront FLN (Front de Libération National) begangenen Grausamkeiten dieser Jahre konnten nie öffentlich thematisiert werden. Noch immer genießt die antikoloniale Gewalt, die von Intellektuellen wie Frantz Fanon und Jean-Paul Sartre Anfang der sechziger Jahre zur Geburtshelferin eines besseren, "neuen Menschen" verklärt worden war, den Nimbus einer durch und durch heldenhaften Gegenwehr der Unterdrückten.

Doch die Euphorie nach der endlich errungenen Unabhängigkeit währte nicht lange. Korruption und das Missmanagement der neuen herrschenden Elite führten bald zu wirtschaftlichem Verfall. Hohe Arbeitslosigkeit, Verarmung weiter Teile der Bevölkerung und eine quälende Perspektivlosigkeit für die Jugend waren die Folgen. Ende der achtziger Jahre hatte die regierende FLN das reiche Öl-Land in die Nähe des politischen und ökonomischen Bankrotts geführt. Die Höhe der algerischen Auslandsschulden betrug 27 Milliarden US-Dollar - in etwa die gleiche Summe, die von den herrschenden Eliten auf ihren privaten Auslandskonten angesammelt worden war.

All das war Wasser auf die Mühlen aufstrebender islamistischer Gruppierungen, die nicht nur den Abbau der Arbeitslosigkeit und garantierten Wohlstand für alle Bevölkerungsschichten versprachen - sie wollten die säkulare, sozialistisch und nationalistisch orientierte Republik durch einen "islamischen Staat" ersetzen. In der zunehmenden sozialen Not erfreuten sich islamische Einrichtungen wachsenden Zulaufs. Sie übernahmen anstelle der maroden staatlichen Dienste öffentliche Aufgaben in Bereichen wie Erziehung und Gesundheitsversorgung. 1988 setzte der damalige Präsident Chadli Bendjedid noch Panzer gegen Demonstranten ein, die mehr Demokratie forderten - bei den darauf folgenden Unruhen starben mehr als 500 Menschen. Doch ein Jahr später lenkte der Präsident ein und kündigte die Abhaltung von Neuwahlen an, zu denen zum ersten Mal seit 30 Jahren neben der FLN auch andere Bewerber zugelassen wurden. Dabei waren auch islamische und islamistische Parteien.

Doch dürfen demokratische Freiheiten für die Feinde der Demokratie gelten? Diese Frage stellte sich auf dramatische Weise, als sich bei diesen ersten freien Parlamentswahlen im Januar 1992 ein hoher Wahlsieg der Islamischen Heilsfront (FIS) abzeichnete und die Gründung eines algerischen "Gottesstaates" nicht mehr aufzuhalten schien. In dieser prekären Lage sagte das Regime den Urnengang kurzerhand ab und verhängte am 9. Februar 1992 den Ausnahmezustand. Die algerische Regierung holte den charismatischen ehemaligen Unabhängigkeitskämpfer Mohammed Boudiaf aus dem Exil zurück und ernannte ihn zum Vorsitzenden des Hohen Staatsrats, des zentralen Machtgremiums des Landes. Dort übten die Militärs den größten Einfluss aus. Doch schon sechs Monate nach seinem

Amtsantritt wurde Boudiaf von einem Mitglied seiner eigenen Leibwache ermordet - Militär und Islamisten schoben sich gegenseitig die Schuld zu. Das algerische Militär, das sich als einziger Garant der bestehenden Ordnung versteht, ging nun immer brutaler gegen islamistische Gruppierungen vor.

Die militante Antwort der Islamisten ließ nicht lange auf sich warten. Islamistischer Terror und staatliche Repression schaukelten sich gegenseitig hoch, bis sie sich nur noch aus den Untaten der jeweils anderen Seite heraus begründeten und bis zur Ununterscheidbarkeit miteinander verschmolzen. Die bewaffneten islamistischen Gruppen bekämpften nicht nur Polizei und Militär, Richter und Journalisten, sondern griffen alle an, die sich ihren religiösen Vorschriften gegenüber unbotmäßig verhielten. Kurz: Zu ihrer potenziellen Zielscheibe wurde das gesamte Volk. In den von ihnen militärisch kontrollierten Gebieten führten sie ein rigides System ein, das Frauen den Schleier aufzwingt, Zigaretten- und Alkoholkonsum bestraft und Zeitung, Radio oder Fernsehen verbietet. Die größte dieser Gruppierungen ist die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA), die jeden Friedensprozess ablehnt. Daneben gibt es eine Reihe kleinerer, oftmals lokal operierender bewaffneter Gruppen.

Zwar verkündete der bewaffnete Arm der FIS 1997 einen einseitigen Waffenstillstand. Doch die Gewalt ebte nicht ab. Im Gegenteil: Die extremistische GIA bekämpfte nunmehr auch die FIS und andere islamistische Organisationen, denen sie eine zu kompromissbereite Haltung gegenüber der algerischen Regierung vorwarf. Assouli Mahfoud, der "Rechtsgelehrte" der GIA, veröffentlichte ein "Gutachten", in dem er es für erlaubt erklärte, Frauen und Kinder umzubringen, wenn diese mit den "Feinden des Islam" in Kontakt stünden.

Diese Erklärung bildete den Ausgangspunkt für eine Welle von Gewaltakten gegen die Zivilbevölkerung, die in Art und Ausmaß bisher unbekannt waren. In der Nacht zum 29. August 1997 starben bei einem Massaker in einem Dorf 25 Kilometer südlich von Algier 300 Bewohner. Nur vier Wochen später, in der Nacht zum 23. September, ereignete sich in dem ebenfalls südlich von Algier gelegenen Ort Bentalha ein weiterer massenmörderischer Übergriff. Nesroulah Yous, ein Überlebender des Gemetzels, schilderte in einem Bericht, wie in der Nacht etwa 200 Angreifer in die Häuser eindrangen und mit Messern, Äxten und Macheten wahllos alle Bewohner niedermetzelten, die sie dort vorfanden. Das Massaker dauerte über fünf Stunden. Doch die in der Nähe stationierten Polizei- und Militäreinheiten griffen nicht ein. Sie befürchteten wohl, in eine Falle der Islamisten zu geraten. Doch es wird auch gemutmaßt, sie hätten vergeblich auf einen Einsatzbefehl gewartet. Die Angreifer konnten unerkannt entkommen. Am Morgen wurde das ganze Ausmaß des Grauens sichtbar: 400 Tote wurden gezählt. Ob es sich, wie vielfach vermutet wurde, um eine gezielte Racheaktion der GIA gegen Anhänger der in ihren Augen verräterischen FIS handelte, ist ungeklärt.

Das Morden aber ging weiter. Am 31. Dezember 1997 wurden im westalgerischen Relizane mehr als 400 Menschen ermordet. Am 11. Januar 1998 kamen bei einer neuerlichen Dorfabschlachtung südlich von Algier 100 Menschen ums Leben. Wieder musste sich die Armee den Vorwurf gefallen lassen, diese Massaker, die in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt stattfanden, nicht verhindert, ja sie möglicherweise sogar willentlich geduldet zu haben. Fanden die meisten doch in Hochburgen der FIS statt, mit der das Regime noch eine Rechnung offen hat.

Generell ist im Verlauf dieses sinnlosen Bürgerkriegs immer unklarer geworden, wer im Einzelnen für Attentate, extralegale Hinrichtungen und mörderische Überfälle verantwortlich ist: islamistische Gruppen, Sicherheitsdienste, lokale Kriegsherren oder Kriminelle ohne politische Ambitionen? Über die Beteiligung der bewaffneten islamistischen Gruppen herrscht indes kein Zweifel. Doch auch die algerischen Sicherheitskräfte haben alles andere als eine weiße Weste. Großes Aufsehen erregte der Bericht des ehemaligen Fallschirmjägers und Mitglieds einer "Antiterrorereinheit", Habib Souaidia, der behauptete, Militärs seien an Massakern und anderen Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung beteiligt gewesen. In einem Buch hat er beschrieben, wie Armee und Polizei gegen die eigene Bevölkerung vorgegangen seien, diese Übergriffe aber den Islamisten in die Schuhe geschoben hätten. Das algerische Regime beantwortete diese Vorwürfe auf seine Weise: Es ließ Souaidia, der mittlerweile ins Exil nach Frankreich gegangen war, im April 2002 in Abwesenheit zu 20 Jahren Haft verurteilen. Zwar hat die algerische Regierung inzwischen eingeräumt, dass im Verlauf der letzten zehn Jahre mehrere tausend Personen "verschwunden" seien, doch es wurden keinerlei konkrete Schritte unternommen, um ihr Schicksal aufzuklären.

Seit etwa drei Jahren hat die Intensität des Mordens ein wenig nachgelassen. Doch mit einem Schuss Zynismus könnte man sagen: Die Opferzahl stagniert auf hohem Niveau. Nach wie vor kom-

men in Algerien jeden Monat durchschnittlich 200 Menschen durch Gewaltakte zu Tode, die entweder von islamistischen Gruppen, staatlichen Sicherheitskräften oder so genannten Selbstverteidigungsmilizen begangen werden - paramilitärischen Einheiten, die von staatlicher Seite geduldet, wenn nicht sogar ausgerüstet werden. In algerischen Gefängnissen wird weiterhin die Folter angewandt, auch gegen Jugendliche. Presse- und Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit bleiben unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes eingeschränkt.

Immerhin, es gibt Anzeichen für eine Lockerung der erbarmungslosen Haltung des Regimes. Bei jüngsten Unruhen in der Küstengebirgsregion der Kabylei, wo vor allem Berber leben, wurden unbewaffnete Demonstranten von Sicherheitskräften erschossen. Die Proteste gegen wirtschaftliche und soziale Missstände hielten gleichwohl an. Staatspräsident Abdelasis Bouteflika sah sich daher genötigt, eine Kommission zur Untersuchung der Vorgänge einzusetzen. Diese Kommission fand überraschend deutliche Worte: Die Polizisten seien zu brutal gegen die Demonstranten vorgegangen, heißt es in dem Bericht.

Doch das sind nur schwache Hoffnungsschimmer für ein verwüstetes, verelendetes Land. Alarmierend ist nicht zuletzt, dass die internationale Kritik an den eklatanten Menschenrechtsverletzungen in Algerien während der vergangenen Jahre immer leiser geworden ist. Seit dem 11. September 2001 droht sie ganz zu verstummen. Gleich nach dem Terrorangriff auf die USA bekundete die algerische Regierung ihr besonderes Interesse, an der internationalen Allianz gegen den Terror teilzunehmen. Sie überreichte der US-Regierung eine Liste mit Namen von islamistischen Militanten, die sich im Westen aktiv am internationalen Terrorismus beteiligen sollen. Es bahnt sich darüber hinaus eine enge Zusammenarbeit des algerischen mit westlichen Geheimdiensten an.

Die Kooperationsbereitschaft der Regierung in Algier ist freilich nicht ohne Hintergedanken. Denn das Regime verbindet sie mit der Aufforderung an die internationale Gemeinschaft, sie solle das inneralgerische Vorgehen gegen "Terroristen" als gerechtfertigt anerkennen. Internationale Kritik an Menschenrechtsverletzungen, die im Namen der Terroristenbekämpfung begangen werden, könnte so für tabu erklärt werden. Die algerischen Behörden könnten dann die Folgen des 11. September dazu nutzen, ihren Druck auf jegliche Gruppierung zu erhöhen, die sie als "terroristisch" oder "religiös-extremistisch" brandmarkt. Sie hätte dann den Vorwand, praktisch jede Art von religiös motivierter Opposition gewaltsam zu unterdrücken.

Algerien verschwindet mehr und mehr aus dem Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit. Das schadet auch den Europäern. Vor allem sie sind dazu aufgerufen, sich dieses verzweifelten Landes anzunehmen. Denn Algerien liegt unmittelbar vor ihrer Haustür. Und sein Schicksal ist nicht zuletzt durch eine lange Kolonialgeschichte mit dem Europas verbunden. Doch die Europäische Union wird dieser Verantwortung bisher nicht gerecht. Im Dezember des vergangenen Jahres wurde zwar ein Assoziierungsabkommen zwischen Algerien und der EU unterzeichnet, das einen zollfreien Austausch von Industrieprodukten, Waren und Dienstleistungen vorsieht. Auf Drängen Algeriens wurde jedoch auch der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus in diesen Kontrakt aufgenommen. Gleichzeitig erklärte sich Algerien zur Rücknahme abgeschobener Flüchtlinge bereit. Zwar enthält der Vertrag auch eine Klausel, in der die Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Prinzipien als essenzielle Vertragsgrundlage definiert wird: Ihre Verletzung könne zur Aussetzung des Vertrages führen. Doch eine institutionalisierte Menschenrechtsüberwachung ist nicht vorgesehen, sodass es kaum jemals zu einer systematischen Überprüfung der Menschenrechtssituation in Algerien kommen wird. Die Klausel könnte vielmehr als Alibi für einen anrühigen Handel dienen: Die Unterstützung des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus durch Algerien wird mit dem Schweigen über die andauernden Menschenrechtsverletzungen im Land erkaufte.

Die algerische Krise konnte auch durch die Parlamentswahlen, die im Mai dieses Jahres stattfanden, nicht entschärft werden. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung blieb den Urnen fern, da sie in den zur Wahl angetretenen Parteien keine Alternative zur herrschenden Einheitspartei FLN sah. Auf diese Weise gewann diese einmal mehr die absolute Mehrheit der Stimmen. Das Schicksal Algeriens bleibt so in den Händen der politischen Kräfte, die es ins Unglück geführt haben.

BGH ändert Urteil

Heike Klefner, TAZ, 10. Oktober 2002

Im Prozess um die tödliche Hetzjagd von Guben verschärft der BGH das Urteil auf versuchte Körperverletzung mit Todesfolge. Strafe bleibt gleich

Der algerische Asylbewerber Farid Guendoul verblutete im Februar 1999 in einem Plattenbau im brandenburgischen Guben, weil eine Gruppe von Rechtsextremisten seinen Tod im Verlauf einer nächtlichen Hetzjagd auf Ausländer vorsätzlich in Kauf genommen hatte. Zu diesem Ergebnis kam der Bundesgerichtshof gestern bei der Überprüfung des wegen seiner Milde umstrittenen Urteils des Landgerichts Cottbus aus dem Jahr 2000. Die 5. Strafkammer des BGH in Leipzig wertete in der Revisionsverhandlung die Beteiligung von sechs Rechten, die zum Zeitpunkt des Geschehens Heranwachsende waren, am Tod Farid Guendouls als "versuchte Körperverletzung mit Todesfolge". Ein neues Verfahren wird es jedoch nicht geben. Das Strafmaß wurde vom BGH bestätigt. Das Landgericht Cottbus hatte in erster Instanz neun Täter lediglich wegen fahrlässiger Körperverletzung und Nötigung zu Arbeitsstunden, Bewährungsstrafen und nur in zwei Fällen zu zwei bzw. zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

Der BGH schloss sich mit seiner Bewertung des Todes von Farid Guendoul und der tätlichen Angriffe auf seine beiden Begleiter, Khaled Bensaha aus Algerien und Issaka Kaba aus Sierra Leone, den Revisionsanträgen der Nebenkläger und der Bundesanwaltschaft an. Da die Nebenklage lediglich gegen Heranwachsende zugelassen ist, konnte im Fall von drei jugendlichen Angeklagten keine Revision mehr stattfinden. Die Revisionsanträge der Verteidiger, die auf noch mildere Strafen gehofft und ihre Mandanten zu Unschuldslämmern stilisiert hatten, die lediglich Opfer "einer Gruppendynamik" und des "eigenen Selbstfindungsprozesses" seien, wies der BGH ab. Die Brüder Malik und Kemal Guendoul, die eigens zum BGH-Termin aus Algerien nach Leipzig angereist waren, reagierten erleichtert auf die höchstrichterliche Entscheidung. Die Familie Guendoul hatte das milde Urteil des Landgerichts Cottbus im November 2000 scharf kritisiert. Bisläng sitzt keiner der Täter in Haft. Einige nutzten die Zeit, um neue Straftaten zu begehen. Der Anführer der Hetzjagd, der 23-jährige Alexander B., der mittlerweile wegen mehrerer Körperverletzungsdelikte verurteilt ist, sitzt derzeit in Untersuchungshaft.

Algeria-Watch setzt sich für die Menschenrechte in Algerien ein. Der Verein wurde 1997 in Deutschland gegründet und seine Aktivitäten erstreckten sich schnell über den deutschsprachigen Raum hinaus. Seit Januar 2002 gibt es Algeria-Watch auch in Frankreich. Alle Aktivitäten basieren auf dem ehrenamtlichen Engagement der Mitglieder und Freunde des Vereins.

Algeria-Watch verfolgt ein doppeltes Ziel:

- Informationen zu sammeln, die es möglich machen, die komplexen Mechanismen des Krieges in Algerien zu verstehen. Ein Krieg, der seit 1992 verheerende Auswirkungen zeigt, sowohl auf der menschlichen Ebene (150 000 bis 200 000 Tote, Hunderttausende Waisen, Zehntausende Folteropfer, über 10 000 Verschwundene, mindestens 1,5 Millionen Flüchtlinge innerhalb des Landes, über 500 000 Flüchtlinge außerhalb des Landes usw.), als auch der ökonomischen, ökologischen und ethischen Ebene.

- Initiativen zu ergreifen oder zu unterstützen, die sich für den Frieden, die Wahrheit und die Gerechtigkeit in Algerien einsetzen.

Eine der Hauptaktivitäten von Algeria-Watch ist das Betreiben einer Webseite in französischer und deutscher Sprache (www.algeriawatch.org). Im Laufe ihres fünfjährigen Bestehens hat sie sich als eine der bestdokumentierten Webseiten über die Situation in Algerien und insbesondere der Menschenrechte etabliert.

Diese Webseite ist zu einem unverzichtbaren Arbeitsinstrument für all diejenigen geworden, die regelmäßig die Entwicklung des Landes verfolgen (monatlich 30 000 bis 40 000 Besucher und über 300 000 Seitenabrufe). Ende 2002 stand die Webseite, die sehr regelmäßig aktualisiert wird, aus über 3500 Dokumenten, Artikeln und Texten, die mittels einer integrierten Suchmaschine genutzt werden können.

Die Webseite von Algeria-Watch bietet MenschenrechtsverteidigerInnen in Algerien die Möglichkeit, ihre Arbeit und ihre Aktivitäten einem breiten Publikum vorzustellen. Auf der ganzen Welt besuchen viele Journalisten, NGO-Mitglieder, Regierungsangestellte, Abgeordnete, Akademiker, StudentInnen, SchülerInnen und LehrerInnen sowie AlgerierInnen innerhalb wie außerhalb des Landes die Webseite und wenden sich mit ihren vielfältigen Bedürfnissen und Anfragen an den Verein.

Ehrenamtliche Arbeit allein reicht daher längst nicht mehr aus, um den immer zahlreicheren Anforderungen nachkommen, die verschiedenen Anfragen bearbeiten zu können und diejenigen zu unterstützen, die sich für den Frieden in Algerien einsetzen.

Eine Restrukturierung und Reorganisierung sowie ein professionelleres Betreiben und Warten der Webseite sind unerlässlich, um ihren Inhalt weiter zu entwickeln, den Besuchern den Zugang zur Fülle von Informationen zu erleichtern und weitere Interessentenkreise zu erschließen. Um diese Aufgabe realisieren zu können, sind wir auf Ihre Spenden angewiesen.

Mit diesem Aufruf bitten wir um die finanzielle Unterstützung der Aktivitäten von Algeria-Watch.

Wir danken für Ihre Unterstützung.

Für den Verein Algeria-Watch Frankreich
Bernard Ravenel, Jeanne Kervyn, François Gèze,
Für den Verein Algeria-Watch Deutschland
Salima Mellah

Algeria-Watch
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
Kontonummer: 3297500
Bankleitzahl 100 205 00

Algeria-Watch Infomappen

Infomappe 4

Herrschaft der Angst

I. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Jetzt enthüllen ihre Folterer die Wahrheit
- ◆ Frauen, die auf die Heimkehr verlorener Seelen warten
- ◆ Wir nehmen kurz mal Deinen Sohn mit

II. Enthüllungen

- ◆ Massaker als Teil der Counterinsurgency-Strategie
- ◆ "Wir sind die Mörder" "Wir töteten für den Staat"

III. Rückkehrgefährdung

- ◆ Bericht von Medical Foundation über gefolterte Asylbewerber
- ◆ Berichte abgeschobener Flüchtlinge

IV. Debatte

- ◆ Algerien verdient doch eine Erklärung
- ◆ Offener Brief an die französischen Éradicateurs
- ◆ L'Algérie de Bernard-Henri Lévy

Infomappe 5

I. Auf der Flucht !

- ◆ Lieber lebendig in Haft, als tot in Algerien (Salima Mellah)
- ◆ Fluchtalternative arabische Länder? (algeria-watch)

II. Dossier Milizen

- ◆ Die Privatisierung des Konfliktes: Die Rolle der Milizen (amnesty international)
- ◆ Die Übergriffe der Milizen (FIDH)
- ◆ Ein Viertel versinkt im Terror (algeria-watch)
- ◆ Die Privatisierung der Gewalt (Luis Martinez)
- ◆ Die blutige Geschichte von den Regierungsmilizen (afrique asie)
- ◆ La dérive sanglante des milices en Algérie (Libération)

III. Internationale Untersuchungskommission

- ◆ Algeria: A Call for Action to end a Human Rights Crisis (ai, FIDH, HRW, RSF)
- ◆ Algeria agrees to a Commission of Inquiry (Olivier Russbach)

IV. Debatte

- ◆ Wem nützt der Krieg? (Luis Martinez)
- ◆ Debatte François Burgat - Luis Martinez

Infomappe 6

I. Algeriens Machthaber im Kreuzfeuer der internationalen Institutionen (algeria-watch)

II. Zum Bericht des UN-Menschenrechtskomitee

III. Zum Bericht der UN-Informationsmission

IV. This is the World Cup that no country wants to win (The Observer)

V. Die Militärgesetzgebung (AI)

Infomappe 7

I. Zum 7. Jahrestag des Militärputsches in Algerien: eine traurige Bilanz (algeria-watch)

II. Zu den Lageberichten des Auswärtigen Amtes

- ◆ Wenn das AA zum Sprachrohr der algerischen Regierung wird (aw)

III. DOSSIER "VERSCHWUNDENE" (algeria-watch)

IV. Freischein zum Töten

- ◆ "Warum ist Hamza tot ?" (Florence Aubenas)

Infomappe 8

I. Zu den Präsidentschaftswahlen vom 15. April 1999

- ◆ Wahl ohne Auswahl (algeria-watch)
- ◆ Ohne die Islamisten läuft nichts (KSA)
- ◆ Algeriens verhindertes Neuanfang (NZZ)
- ◆ Eine Wahl für nichts (François Gèze)

II. Extralegale Tötungen

- ◆ Extralegale Tötungen (Bericht von algeria-watch)
- ◆ Bentalha: Autopsie eines Massakers (Temps Présent, TSR 1)
- ◆ Entführung und extralegale Tötung (Maître Mahfoud Khelili)

III.

- ◆ Presseerklärung von PRO ASYL zu Abschiebungen
- ◆ Operation Boudiaf (Mouvement Algérien des Officiers Libres)

Infomappe 9

I. Bouteflika als Friedensmacher?

- ◆ Frieden oder Befriedung? (algeria-watch)
- ◆ Fragiler Prozeß unter Aufsicht (J. Garçon, Libération)

II. Justiz und Krieg

- ◆ Frieden oder Befriedung? (algeria-watch)
- ◆ Die algerische Justiz im Dienste des Krieges (algeria-watch)
- ◆ Concorde civile interne et crimes universels (Ibrahim Taha)
- ◆ Loi sur le rétablissement de la concorde civile (Documentation)

III. Abschiebungen und Spione

- ◆ BGS überläßt "schmutzige" Arbeit der algerischen Polizei (aw)
- ◆ Das Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Algerien muß annulliert werden! (PRO ASYL / algeria-watch)
- ◆ Eine Spionageaffäre mit Konsequenzen (algeria-watch)

IV. Bericht über die Folter

- ◆ FAILURE TO PROTECT: Survivors of torture from Algeria (Medical Foundation)

Infomappe 10

I. Zur politischen Lage

- ◆ Algerien nach dem Referendum (algeria-watch)
- ◆ Algeriens andere Wahl (FR)
- ◆ Bouteflikas verordneter Frieden (NZZ)
- ◆ Algerien bewegt sich (FR)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Concorde civile et interprétations (Quotidien d'Oran)
- ◆ "Il faut oublier" (Le Jeune Indépendant)
- ◆ Vers une grève de la faim (l'Authentique)
- ◆ Lourde menace contre les défenseurs des droits de l'Homme en Algérie (SNAA)
- ◆ Vom Unterricht ins Gefängnis (TAZ)
- ◆ Kafkaesker Prozeß in Algerien (Libération)
- ◆ Apropos Terrorismus (Zeugenaussage eines Polizeioffiziers)

III. Flüchtlinge

- ◆ Schusswaffeneinsatz gegen Flüchtling: keine Rechtfertigung!
- ◆ Abschiebung ins Ungewisse (algeria-watch)

Infomappe 11

I. Zur politischen Lage

- ◆ Algerien: Keine Entwarnung ! (algeria-watch)
- ◆ Chronologie des Grauens (algeria-watch)
- ◆ Wer hat Abdelkader Hachani getötet? (algeria-watch)
- ◆ Algerien auf dem Weg zum Frieden? (Werner Ruf)
- ◆ "Das Präsidialamt ist ein Anhängsel des Verteidigungsministeriums" (l. Addi)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ "Das Gesetz zur zivilen Eintracht führt nicht zur Versöhnung" (Interview mit RA M. Tahri)
- ◆ Eine Untersuchung der Massaker in Algerien (Noam Chomsky)
- ◆ Rezension: Eine Untersuchung der Massaker in Algerien (aw)
- ◆ APPELL - Die anhaltenden, von den Medien verschwiegenen Massaker zwingen uns, eine internationale Untersuchungskommission zu fordern
- ◆ Erklärung des Internationalen Komitees für den Frieden, die Menschenrechte und die Demokratie in Algerien (CIPA)
- ◆ Lettre ouverte à l'opinion publique et aux organisations des droits de l'Homme

III. Dokumentation

- ◆ Algérie: «concorde» en trompe l'œil (Libération)
- ◆ Algérie : un colonel dissident accuse (Le Monde)

Infomappe 12

I. Ein Jahr Bouteflika (algeria-watch)

II. Dossier "Verschwundene" (algeria-watch)

- ◆ Tot oder lebendig: wo sind die "Verschwundenen"
- ◆ Fälle von "Verschwundenen" (aw)

III. Dokumentation

- ◆ Information, mystification et diwan des généraux (El Hadi Chalabi)
- ◆ 1999 Country Reports on Human Rights Practices (US Department of State)

algeria-watch Infomappen

Infomappe 13-14

I. Blutiger Frieden (algeria-watch)

- ◆ Chronologie des Grauen (algeria-watch)
- ◆ 1000 morts depuis la trêve du 13 janvier (Le Monde)
- ◆ Britains plans Argerian arms deal despite ethical policy (Times Newspapers)

II. Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Vérité, Justice: entendre les victimes (FIDH)
- ◆ Peace must be built on ruth and Justice (AI)
- ◆ Interview avec Ali Yahia Abdennour (LADDH)
- ◆ L'Algérie classé à risque par le Quai d'Orsay (Libération)
- ◆ Le témoignage d'un ancien officier algérien: "on était des sauvages"

III. Dokumente / Analysen

- ◆ L'Algérie, les Etats-Unis et la France
- ◆ Mémoire à l'intention du gouvernement algérien (AI)
- ◆ Regimes of (Un)Truth (The Economist)
- ◆ Economie algérienne: enjeux et perspectives (S. Goumeziane)

Infomappe 15

I. Zur politischen Lage

- ◆ Massaker im Namen der Versöhnung? (algeria-watch)
- ◆ Bouteflika, die Armee und die nationale Versöhnung
- ◆ Ein Spezialist beschuldigt das Militär der Counter-Guerilla

II. Menschenrechtsverletzungen (algeria-watch)

- ◆ Soll die Hachani-Affäre ad acta gelegt werden?
- ◆ Wer hat Lounes Matoub getötet?

III. Dokumentation

- ◆ Wenn's um Algerien geht, geben die alten Klischees immer noch was her!
- ◆ Nach 80 Verhandlungs-Tagen: Gericht fällt Urteil im Hetzjagd-Prozess
- ◆ Chronik eines angekündigten Massakers Wer tötete in Bentalha?
- ◆ Erinnerung ohne Reue (Folter während Befreiungskrieges)
- ◆ Die algerische Krise: kein Ende in Sicht (Bericht ICG)

Infomappe 16

I. Unruhen in der Kabylei

- ◆ Ein Massaker für den nächsten Putsch
- ◆ Berber laufen Sturm gegen Algier
- ◆ The Kabyle Riots: Repression and Alienation in Algeria

II. Enthüllungen

- ◆ Schmutziger Krieg gegen das eigene Volk
- ◆ „Alle ausrotten, die Islamisten helfen“
- ◆ Europe blind eye to Algeria's dirty war
- ◆ Preface to „the dirty war“ bei Habb Souaidia (F. Imposimato)
- ◆ Algerian General accused of torture escapes Investifation

III. Internationale Reaktionen

- ◆ Offener Brief an die französische Regierung
- ◆ Wider die europäische Gleichgültigkeit

IV. Menschenrechtsverletzungen

V. Generäle einst und heute

- ◆ General Nezzar greift an
- ◆ Mörders Memoiren (zum Buch von General Aussaresses)

Infomappe 17

I. Unruhen in Algerien

- ◆ Algerien im Griff des Militärs.
- ◆ Europa und die Unruhen in Algerien Kriminelle Gleichgültigkeit
- ◆ Berber-Unruhen weiten sich auf die gesamte algerische Bevölkerung aus
- ◆ "Les germes d'une guerre civile sont là..."

II. Internationale Reaktionen

III. Menschenrechtsverletzungen

IV. Dokumentation

- ◆ Demonstration anlässlich der Todestage von Naimah Hadjar und Aamir Ageeb
- ◆ Der schmutzige Krieg in Algerien
- ◆ Memorandum du FFS : " Pour une transition démocratique "
- ◆ Document confidentiel de l'armée algérienne

Infomappe 18-19

I. Zum 10. Jahrestag des Putsches

- ◆ AW: Eine erschreckende Bilanz der Menschenrechtslage
- ◆ Algerien nach dem 11. September: Und wo bleiben die Menschenrechte?
- ◆ Algeria reaps rewards of anti-terrorist war
- ◆ While the West Backs Algeria's Rulers, the People Suffer
- ◆ Mohamed Harbi : " C'est un coup d'Etat qui s'est donné des apparences légales "
- ◆ L. Addi: Comme le dit M. Harbi, les Etats ont une armée, en Algérie, l'armée a son Etat "

II. Unwetter und Unruhen in Algerien

- ◆ Interview de Ahmed Djeddaï (FFS) : "Les ârchs servent les desseins du pouvoir"
- ◆ Schwere Vorwürfe gegen die Behörden Algeriens
- ◆ Die Bulldozer von Bab El-Oued
- ◆ Die Aufstände in der Kabylei weiten sich in ganz Algerien aus
- ◆ "Ein Gendarm spuckte auf den Toten", Aufstand in Algerie
- ◆ Dernier rapport de la Commission nationale d'enquête sur les événements de Kabylie

III Menschenrechtsverletzungen

- ◆ Director of a daily newspaper questioned over armed forces caricature Journalist questioned over article about the armed forces
- ◆ Algeria: Relatives of the "disappeared" violently dispersed
- ◆ A propos de la condamnation de Mohamed Hadj Smain
- ◆ Les droits de Homme malmenés en Algérie

IV Der „schmutzige Krieg“

- ◆ Die algerischen Militärs lassen Zivilisten ermorden und schieben den Islamisten die Tat in die Schuhe
- ◆ Escadrons de la mort: l'aveu de Zeroual
- ◆ Les révélations du colonel Mohamed Samraoui de la DRS à Al Jazeera
- ◆ Les révélations d'un déserteurs de la S.M.

Infomappe 20-21

I. Die Junta vor Gericht

- ◆ Ein Prozessbericht
- ◆ Zwanzig Jahre Knast für ein Buch
- ◆ Algerian Army Role on Trial in Paris
- ◆ Algeria: Habib Souaidia's trial highlights concerns over failure to conduct investigations
- ◆ Témoignage du Capitaine Ahmed Chouchen

II. Parlamentswahlen vom 30. Mai 2002

- ◆ Geringe Beteiligung an Parlamentswahlen
- ◆ Mehr als die Hälfte der Algerier boykottierte die Wahl
- ◆ Eine demokratische Fassade

III Assoziierungsabkommen EU / Algerien

- ◆ Ligue Algérienne de Défense des Droits de l'Homme : Communiqué
- ◆ FIDH : Accords d'association UE/ Liban et UE / Algérie
- ◆ AI: When token gestures are not enough: human rights and the Algeria-EU accord
- ◆ Résolution du Parlement européen sur la conclusion d'un accord d'association

IV Der „schmutzige Krieg“

- ◆ The horrors of war aren't over yet
- ◆ Algeria: Army chief of staff says this is "my last post"
- ◆ Le pôle démocratique a disparu
- ◆ Congrès du FIS à Bruxelles
- ◆ Ce qu'ils ont fait de nous
- ◆ La presse et son nombril
- ◆ Françalgérie : sang, intox et corruption

algeria-watch

Postfach 360 164, 10997 Berlin

Fon+Fax: (069) 79 123 61 60

E-Mail: algeria-watch@gmx.net - Im Internet: www.algeria-watch.org